Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3171**

15. Wahlperiode 21. 05. 2004

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Problem und Ziel

Mit der Republik Polen besteht ein Abkommen vom 18. Dezember 1972 in der Fassung des Protokolls vom 24. Oktober 1979 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 1975 II S. 645; 1981 II S. 306). Dieses Abkommen entspricht in wichtigen Bereichen nicht mehr dem gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, dem Steuerrecht und der Abkommenspraxis beider Staaten. Es soll deshalb durch ein neues, an die veränderten Gegebenheiten angepasstes Abkommen ersetzt werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 14. Mai 2003 enthält die erforderlichen Anpassungen. Es entspricht im Wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen. Die Höhe der Mehr- oder Mindereinnahmen lässt sich nicht schätzen. Steuermindereinnahmen in einzelnen Bereichen dürften sich durch Steuermehreinnahmen in anderen Bereichen weitgehend ausgleichen.

2. Vollzugsaufwand

Kein nennenswerter Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 19. Mai 2004

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 799. Sitzung am 13. Mai 2004 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. Mai 2003 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 32 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 32 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits müssen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt werden. Die Änderung des bisherigen Rechtszustandes führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Höhe dieser Mehr- oder Mindereinnahmen lässt sich nicht schätzen. Steuermindereinnahmen in gewissen Bereichen dürften allerdings durch Steuerverzichte der Republik Polen weitgehend ausgeglichen werden. Die Wirtschaft wird durch das Abkommen entlastet, da steuerliche Hindernisse im bilateralen Wirtschaftsverkehr beseitigt werden. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen –

von dem Wunsch geleitet, ein neues Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der von den Unternehmen gezahlten Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

aa) die Einkommensteuer,

bb) die Körperschaftsteuer und

cc) die Gewerbesteuer,

einschließlich der auf jede dieser Steuern erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Polen:

aa) die Einkommensteuer und

bb) die Körperschaftsteuer

(im Folgenden als „polnische Steuer“ bezeichnet).

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska,

pragnąc zawrzeć nową Umowę w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Zakres podmiotowy

Niniejsza Umowa dotyczy osób mających miejsce zamieszkania lub siedzibę w jednym lub w obu Umawiających się Państwach.

Artykuł 2

Podatki, których dotyczy Umowa

(1) Niniejsza Umowa dotyczy podatków od dochodu i od majątku, bez względu na sposób ich poboru, które pobiera się na rzecz Umawiającego się Państwa lub jego jednostek terytorialnych.

(2) Za podatki od dochodu i od majątku uważa się wszystkie podatki, które pobiera się od całego dochodu, od całego majątku albo od części dochodu lub majątku, włączając podatki od zysku z przeniesienia własności majątku ruchomego lub nieruchomego, podatki od ogólnych kwot wynagrodzeń wypłacanych przez przedsiębiorstwa, jak również podatki od przyrostu majątku.

(3) Do aktualnie istniejących podatków, których dotyczy Umowa, należą w szczególności:

a) w Republice Federalnej Niemiec:

aa) podatek dochodowy (Einkommensteuer),

bb) podatek od osób prawnych (Körperschaftsteuer) i

cc) podatek od działalności przemysłowej i handlowej (Gewerbesteuer),

w tym domiary pobierane od każdego z tych podatków,

(zwane dalej „podatkiem niemieckim”);

b) w Rzeczypospolitej Polskiej:

aa) podatek dochodowy od osób fizycznych i

bb) podatek dochodowy od osób prawnych,

(zwane dalej „podatkiem polskim”).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

(4) Niniejsza Umowa będzie miała także zastosowanie do wszystkich podatków takiego samego lub w istotnym stopniu podobnego rodzaju, które po podpisaniu niniejszej Umowy będą wprowadzone obok istniejących podatków lub w ich miejsce. Pod koniec każdego roku właściwe organy Umawiających się Państw będą informowały się wzajemnie o zasadniczych zmianach dokonanych w ich ustawach podatkowych.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Polen und, wenn für Zwecke dieses Abkommens im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt;

b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff, Luftfahrzeug oder Schiff im Binnenverkehr, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff, Luftfahrzeug oder Schiff im Binnenverkehr wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

  aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

  bb) in der Republik Polen der Finanzminister oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artykuł 3

Definicje ogólne

(1) W rozumieniu niniejszej Umowy, jeżeli z kontekstu nie wynika inaczej:

a) wyrażenia „Umawiające się Państwo” i „drugie Umawiające się Państwo” oznaczają odpowiednio Republikę Federalną Niemiec lub Rzeczpospolitą Polską i jeżeli są zastosowane w sensie geograficznym dla celów niniejszej Umowy – obszar, na terenie którego stosowane jest prawo podatkowe danego państwa;

b) określenie „osoba” oznacza osobę fizyczną, spółkę oraz każde inne zrzeszenie osób;

c) określenie „spółka” oznacza osobę prawną lub inną jednostkę, którą dla celów podatkowych traktuje się jako osobę prawną;

d) określenia „przedsiębiorstwo jednego Umawiającego się Państwa” i „przedsiębiorstwo drugiego Umawiającego się Państwa” oznaczają odpowiednio przedsiębiorstwo prowadzone przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w jednym Umawiającym się Państwie lub przedsiębiorstwo prowadzone przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie;

e) określenie „transport międzynarodowy” oznacza wszelki transport statkiem morskim, statkiem powietrznym lub statkiem żeglugi śródlądowej eksploatowanym przez przedsiębiorstwo, którego miejsce faktycznego zarządu znajduje się w Umawiającym się Państwie, z wyjątkiem przypadku, gdy taki statek morski, statek powietrzny lub statek żeglugi śródlądowej jest eksploatowany wyłącznie między miejscami położonymi w drugim Umawiającym się Państwie;

f) określenie „właściwy organ” oznacza:

  aa) w przypadku Republiki Federalnej Niemiec – Federalne Ministerstwo Finansów lub organ, któremu przekazało swoje uprawnienia;

  bb) w przypadku Rzeczypospolitej Polskiej – Ministra Finansów lub jego upoważnionego przedstawiciela.

(2) Przy stosowaniu niniejszej Umowy przez Umawiające się Państwo, jeżeli z kontekstu nie wynika inaczej, każde określenie, które nie zostało w niej zdefiniowane, będzie miało takie znaczenie, jakie przyjmuje się w danym czasie zgodnie z prawem tego Państwa w zakresie podatków, do których ma zastosowanie niniejsza Umowa, przy czym znaczenie wynikające ze stosowanego ustawodawstwa podatkowego tego Państwa będzie miało pierwszeństwo przed znaczeniem nadanym określeniu przez inne przepisy prawne tego Państwa.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

Artykuł 4

Miejsce zamieszkania lub siedziba

(1) W rozumieniu niniejszej Umowy, określenie „osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie” oznacza osobę, która zgodnie z prawem tego Państwa podlega tam opodatkowaniu z uwagi na jej miejsce zamieszkania, miejsce stałego pobytu, miejsce zarządu albo inne kryterium o podobnym charakterze i obejmuje również to Państwo, każdą jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny. Jednakże określenie to nie obejmuje osób, które podlegają opodatkowaniu w tym Państwie, w zakresie dochodu osiąganego tylko ze źródeł w tym Państwie lub z tytułu majątku położonego w tym Państwie.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die Artikel 6 bis 23 gelten jedoch nur für Einkünfte oder Vermögen einer Personengesellschaft, die in dem Vertragsstaat, in dem die Personengesellschaft als ansässig gilt, der Steuer unterliegen.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

(2) Jeżeli, stosownie do postanowień ustępu 1 niniejszego artykułu, osoba fizyczna ma miejsce zamieszkania w obu Umawiających się Państwach, to jej status określa się według następujących zasad:

a) osobę uważa się za mającą miejsce zamieszkania w tym Państwie, w którym ma ona stałe miejsce zamieszkania; jeżeli ma ona stałe miejsce zamieszkania w obu Umawiających się Państwach, to uważa się, że ma ona miejsce zamieszkania w tym Państwie, z którym ma ściślejsze powiązania osobiste i gospodarcze (ośrodek interesów życiowych),

b) jeżeli nie można ustalić, w którym Państwie osoba ma ośrodek interesów życiowych, albo jeżeli nie posiada ona stałego miejsca zamieszkania w żadnym z Państw, to uważa się, że ma ona miejsce zamieszkania w tym Umawiającym się Państwie, w którym zwykle przebywa,

c) jeżeli osoba przebywa zazwyczaj w obu Państwach lub nie przebywa zazwyczaj w żadnym z nich, to uważa się, że ma ona miejsce zamieszkania w tym Państwie, którego jest obywatelem,

d) jeżeli osoba jest obywatelem obydwu Państw lub nie jest obywatelem żadnego z nich, to właściwe organy Umawiających się Państw rozstrzygną tę kwestię w drodze wzajemnego porozumienia.

(3) Jeżeli stosownie do postanowień ustępu 1 niniejszego artykułu osoba nie będąca osobą fizyczną ma siedzibę w obu Umawiających się Państwach, to uważa się, że ma ona siedzibę w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce jej faktycznego zarządu.

(4) Uważa się, że spółka osobowa ma siedzibę w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce jej faktycznego zarządu. Jednakże artykuły od 6 do 23 mają zastosowanie tylko do dochodu lub majątku spółki osobowej, który podlega opodatkowaniu w Umawiającym się Państwie, w którym uważa się, że ma ona siedzibę.

Artykuł 5

Zakład

(1) W rozumieniu niniejszej Umowy określenie „zakład” oznacza stałą placówkę, przez którą całkowicie lub częściowo prowadzona jest działalność przedsiębiorstwa.

(2) Określenie „zakład” obejmuje w szczególności:

a) miejsce zarządu,

b) filię,

c) biuro,

d) fabrykę,

e) warsztat i

f) kopalnię, źródło ropy naftowej lub gazu ziemnego, kamieniołom albo inne miejsce wydobywania zasobów naturalnych.

(3) Plac budowy lub prace budowlane albo instalacyjne, stanowią zakład tylko wtedy, jeżeli trwają one dłużej niż dwanaście miesięcy.

(4) Bez względu na poprzednie postanowienia tego artykułu, określenie „zakład” nie obejmuje:

a) użytkowania placówek, które służą wyłącznie do składowania, wystawiania lub dostarczania dóbr lub towarów należących do przedsiębiorstwa;

b) utrzymywania zapasów dóbr lub towarów należących do przedsiębiorstwa wyłącznie w celu składowania, wystawiania lub dostarczania;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

c) utrzymywania zapasów dóbr lub towarów należących do przedsiębiorstwa wyłącznie w celu obróbki lub przerobu przez inne przedsiębiorstwo;

d) utrzymywania stałej placówki wyłącznie w celu zakupu dóbr lub towarów albo zbierania informacji dla przedsiębiorstwa;

e) utrzymywania stałej placówki wyłącznie w celu prowadzenia dla przedsiębiorstwa jakiejkolwiek innej działalności o charakterze przygotowawczym lub pomocniczym;

f) utrzymywania stałej placówki wyłącznie w celu prowadzenia któregokolwiek rodzaju działalności, o których mowa pod literami od a) do e), pod warunkiem jednak, że całkowita działalność stałej placówki, wynikająca z takiego połączenia rodzajów działalności ma charakter przygotowawczy lub pomocniczy.

(5) Jeżeli osoba, z wyjątkiem niezależnego przedstawiciela w rozumieniu ustępu 6, działa w imieniu przedsiębiorstwa oraz posiada i zwyczajowo wykonuje pełnomocnictwo do zawierania umów w Umawiającym się Państwie w imieniu przedsiębiorstwa, to uważa się, że przedsiębiorstwo to, bez względu na postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu, posiada zakład w tym Państwie w zakresie prowadzenia każdego rodzaju działalności, który osoba ta podejmuje dla przedsiębiorstwa, chyba że czynności wykonywane przez tę osobę ograniczają się do rodzajów działalności, wymienionych w ustępie 4, które gdyby były wykonywane za pośrednictwem stałej placówki nie powodowałyby uznania tej placówki za zakład na podstawie postanowień tego ustępu.

(6) Nie uważa się, że przedsiębiorstwo posiada zakład w Umawiającym się Państwie tylko z tego powodu, że prowadzi ono w tym Państwie działalność poprzez maklera, komisanta albo innego niezależnego przedstawiciela pod warunkiem, że takie osoby działają w ramach swojej zwykłej działalności.

(7) Fakt, że spółka mająca siedzibę w Umawiającym się Państwie kontroluje lub jest kontrolowana przez spółkę, która ma siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, albo która prowadzi działalność w tym drugim Państwie (przez posiadany tam zakład albo w inny sposób), nie wystarcza, aby którąkolwiek z tych spółek uważać za zakład drugiej spółki.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; See- und Binnenschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

Artykuł 6

Dochody z majątku nieruchomego

(1) Dochód osiągany przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie z majątku nieruchomego (włączając dochód z gospodarstwa rolnego lub leśnego), położonego w drugim Umawiającym się Państwie, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(2) Określenie „majątek nieruchomy” ma takie znaczenie, jakie nadaje mu prawo tego Umawiającego się Państwa, na terytorium którego dany majątek jest położony. Określenie to obejmuje w każdym przypadku mienie przynależne do majątku nieruchomego, żywy i martwy inwentarz gospodarstw rolnych i leśnych, prawa, do których mają zastosowanie przepisy prawa powszechnego dotyczące nieruchomości gruntowych, prawa użytkowania nieruchomości, jak również prawa do stałych lub zmiennych świadczeń z tytułu eksploatacji lub prawa do eksploatacji złóż mineralnych, źródeł i innych zasobów naturalnych; statki morskie, statki żeglugi śródlądowej i statki powietrzne nie stanowią majątku nieruchomego.

(3) Postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu stosuje się do dochodu osiągniętego z bezpośredniego użytkowania, najmu, dzierżawy lub innego rodzaju użytkowania majątku nieruchomego.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 3 niniejszego artykułu stosuje się również do dochodu z majątku nieruchomego przedsiębiorstwa i do dochodu z majątku nieruchomego służącego do wykonywania wolnego zawodu.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artykuł 7

Zyski przedsiębiorstw

(1) Zyski przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie, chyba że przedsiębiorstwo prowadzi działalność gospodarczą w drugim Umawiającym się Państwie poprzez położony tam zakład. Jeżeli przedsiębiorstwo wykonuje działalność w ten sposób, to zyski przedsiębiorstwa mogą być opodatkowane w drugim Państwie, jednak tylko w takiej mierze, w jakiej mogą być przypisane temu zakładowi.

(2) Jeżeli przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa wykonuje działalność w drugim Umawiającym się Państwie poprzez położony tam zakład, to, z zastrzeżeniem postanowień ustępu 3 niniejszego artykułu, w każdym Umawiającym się Państwie należy przypisać temu zakładowi takie zyski, które mógłby on osiągnąć, gdyby wykonywał taką samą lub podobną działalność w takich samych lub podobnych warunkach jako samodzielne przedsiębiorstwo i był całkowicie niezależny w stosunkach z przedsiębiorstwem, którego jest zakładem.

(3) Przy ustalaniu zysków zakładu dopuszcza się odliczanie nakładów ponoszonych dla tego zakładu włącznie z kosztami zarządzania i ogólnymi kosztami administracyjnymi niezależnie od tego, czy powstały w tym Państwie, w którym położony jest zakład, czy gdzie indziej.

(4) Jeżeli w Umawiającym się Państwie istnieje zwyczaj ustalania zysków zakładu przez podział całkowitych zysków przedsiębiorstwa na jego poszczególne części, to postanowienia ustępu 2 niniejszego artykułu nie wykluczają ustalenia przez to Umawiające się Państwo zysku do opodatkowania według zwykle stosowanego podziału; sposób stosowanego podziału zysku musi jednak być taki, żeby wynik był zgodny z zasadami zawartymi w tym artykule.

(5) Zakładowi nie można przypisać zysku tylko z tytułu samego zakupu dóbr lub towarów dla przedsiębiorstwa.

(6) Przy stosowaniu poprzednich ustępów ustalanie zysków zakładu powinno być dokonywane każdego roku w taki sam sposób, chyba że istnieją uzasadnione powody, aby postąpić inaczej.

(7) Jeżeli w zyskach mieszczą się dochody, które zostały odrębnie uregulowane w innych artykułach niniejszej Umowy, to postanowienia tych innych artykułów nie będą naruszane przez postanowienia niniejszego artykułu.

Artikel 8

Internationale Transporte

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein

Artykuł 8

Transport międzynarodowy

(1) Zyski osiągane z eksploatacji w transporcie międzynarodowym statków morskich lub statków powietrznych podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(2) Zyski osiągane z eksploatacji statków żeglugi śródlądowej w transporcie śródlądowym podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(3) Jeżeli miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa żeglugi morskiej lub przedsiębiorstwa żeglugi śródlądowej znajduje się na pokładzie takiego statku, to uważa się, że znajduje się ono w tym Umawiającym się Państwie, w którym

Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(5) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr

a) Gewinne aus der Vercharterung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen ohne Besatzung und

b) Gewinne aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dienen), die für den Transport von Gütern oder Waren genutzt werden,

sofern die Vercharterung oder die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr als Nebentätigkeit zuzuordnen ist.

znajduje się port macierzysty takiego statku, a jeżeli statek nie ma portu macierzystego, to w tym Umawiającym się Państwie, w którym osoba eksploatująca statek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę.

(4) Postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu stosuje się również do zysków pochodzących z uczestnictwa w umowie poolowej, we wspólnym przedsiębiorstwie lub w międzynarodowym związku eksploatacyjnym.

(5) W rozumieniu niniejszego artykułu do zysków osiąganych z eksploatacji w transporcie międzynarodowym statków morskich lub statków powietrznych zalicza się:

a) zyski osiągane z dzierżawy statków morskich lub statków powietrznych bez załogi oraz

b) zyski osiągane z użytkowania, utrzymywania lub wynajmu kontenerów, (włączając przyczepy samochodowe oraz odpowiednie wyposażenie do transportu kontenerów) wykorzystywanych do transportu dóbr lub towarów,

jeżeli taka dzierżawa lub takie użytkowanie, utrzymywanie lub wynajem, stanowi działalność uboczną w stosunku do eksploatacji statków morskich lub powietrznych w transporcie międzynarodowym.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artykuł 9

Przedsiębiorstwa powiązane

(1) Jeżeli:

a) przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa uczestniczy bezpośrednio lub pośrednio w zarządzaniu, kontroli lub w kapitale przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa, albo

b) te same osoby uczestniczą bezpośrednio lub pośrednio w zarządzaniu, kontroli lub w kapitale przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa i przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa,

i jeżeli w jednym i w drugim przypadku między dwoma przedsiębiorstwami w zakresie ich stosunków handlowych lub finansowych, zostaną umówione lub narzucone warunki, które różnią się od warunków, które ustaliłyby między sobą niezależne przedsiębiorstwa, wówczas zyski, które osiągnęłoby jedno z przedsiębiorstw bez tych warunków, ale z powodu tych warunków ich nie osiągnęło, mogą być uznane za zyski tego przedsiębiorstwa i odpowiednio opodatkowane.

(2) Jeżeli Umawiające się Państwo włącza do zysków własnego przedsiębiorstwa i odpowiednio opodatkowuje również zyski przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa, z tytułu których przedsiębiorstwo to zostało opodatkowane w tym drugim Państwie, a zyski w ten sposób połączone są zyskami, które osiągnęłoby przedsiębiorstwo pierwszego Państwa, gdyby warunki ustalone między oboma przedsiębiorstwami były warunkami, które byłyby uzgodnione między przedsiębiorstwami niezależnymi, wtedy to drugie Państwo dokona odpowiedniej korekty kwoty podatku wymierzonego od tych zysków w tym Państwie. Przy ustalaniu takiej korekty będą odpowiednio uwzględnione inne postanowienia niniejszej Umowy, a właściwe organy Umawiających się Państw będą w razie konieczności porozumiewać się ze sobą bezpośrednio.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

Artykuł 10

Dywidendy

(1) Dywidendy wypłacane przez spółkę mającą siedzibę w Umawiającym się Państwie osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können alle Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat, in dem der Empfänger ansässig ist, besteuert werden, wenn der Empfänger auch

(2) Jednakże dywidendy takie mogą być opodatkowane także w Umawiającym się Państwie, w którym spółka wypłacająca dywidendy ma swoją siedzibę i zgodnie z prawem tego Państwa, ale jeżeli osoba uprawniona do dywidend ma miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, to podatek tak wymierzony nie może przekroczyć:

a) 5 procent kwoty dywidend brutto, jeżeli osobą uprawnioną jest spółka (inna niż spółka osobowa), której bezpośredni udział w kapitale spółki wypłacającej dywidendy wynosi co najmniej 10 procent,

b) 15 procent kwoty dywidend brutto we wszystkich pozostałych przypadkach.

Postanowienia niniejszego ustępu nie naruszają opodatkowania spółki w odniesieniu do zysków, z których dywidendy są wypłacane.

(3) Określenie „dywidendy" użyte w niniejszym artykule, oznacza dochód z akcji, akcji gratisowych, praw do udziału w zysku, akcji w górnictwie, akcji założycieli lub innych praw, z wyjątkiem wierzytelności, do udziału w zyskach, jak również inny dochód, który według prawa Państwa, w którym spółka wypłacająca dywidendy ma siedzibę, jest pod względem podatkowym traktowany jak dochód z akcji i wypłaty z tytułu świadectw udziałowych w funduszu inwestycyjnym.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania, jeżeli osoba uprawniona do dywidend, mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, wykonuje w drugim Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się siedziba spółki wypłacającej dywidendy, działalność gospodarczą poprzez zakład w nim położony, bądź wykonuje w tym drugim Państwie wolny zawód w oparciu o położoną w nim stałą placówkę, i gdy udział, z tytułu którego wypłaca się dywidendy, faktycznie wiąże się z działalnością takiego zakładu lub stałej placówki. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(5) Jeżeli spółka, której siedziba znajduje się w Umawiającym się Państwie, osiąga zyski lub dochody z drugiego Umawiającego się Państwa, wówczas to drugie Państwo nie może obciążać podatkiem dywidend wypłacanych przez tę spółkę, z wyjątkiem przypadku, gdy takie dywidendy są wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym drugim Państwie lub w przypadku, gdy udział, z tytułu którego dywidendy są wypłacane, faktycznie wiąże się z działalnością zakładu lub stałej placówki położonej w drugim Państwie, ani też obciążać nie wydzielonych zysków spółki podatkiem od nie wydzielonych zysków, nawet kiedy wypłacone dywidendy lub nie wydzielone zyski całkowicie lub częściowo pochodzą z zysków albo dochodów osiągniętych w tym drugim Państwie.

Artykuł 11

Odsetki

(1) Odsetki, które powstają w Umawiającym się Państwie i są wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Jednakże takie odsetki mogą być także opodatkowane w Umawiającym się Państwie, w którym powstają i zgodnie z ustawodawstwem tego Państwa, ale jeżeli osoba uprawniona do odsetek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, to podatek w ten sposób ustalony nie może przekroczyć 5 procent kwoty brutto tych odsetek. Właściwe organy Umawiających się Państw rozstrzygną w drodze wzajemnego porozumienia sposób stosowania tego ograniczenia.

(3) Bez względu na postanowienia ustępu 2 niniejszego artykułu, odsetki o których mowa w ustępie 1, podlegają opodatkowaniu tylko w Umawiającym się Państwie, w którym

Nutzungsberechtigter der Zinsen ist und wenn diese Zinsen gezahlt werden

a) an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder an die Regierung der Republik Polen;

b) für ein durch eine öffentliche Einrichtung gewährtes, abgesichertes oder verbürgtes Darlehen jeder Art zur Exportförderung;

c) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit;

d) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit oder

e) für ein von einer Bank gewährtes Darlehen jeder Art.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Die in Absatz 1 genannten Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine

odbiorca odsetek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę, jeżeli odbiorca ten jest osobą uprawnioną do odsetek i jeżeli takie odsetki są wypłacane:

a) Rządowi Republiki Federalnej Niemiec lub Rządowi Rzeczypospolitej Polskiej;

b) z tytułu jakiegokolwiek rodzaju pożyczki udzielonej, zabezpieczonej lub gwarantowanej przez instytucję publiczną promującą eksport;

c) w związku ze sprzedażą na kredyt wyposażenia przemysłowego, handlowego lub naukowego;

d) w związku ze sprzedażą na kredyt towarów przez jedno przedsiębiorstwo drugiemu przedsiębiorstwu, lub

e) w związku z jakąkolwiek pożyczką udzieloną przez bank.

(4) Użyte w niniejszym artykule określenie „odsetki" oznacza dochód z wszelkiego rodzaju wierzytelności, zarówno zabezpieczonych jak i nie zabezpieczonych hipoteką lub prawem do uczestniczenia w zyskach dłużnika, a w szczególności dochody z pożyczek rządowych oraz dochody z obligacji lub skryptów dłużnych, włącznie z premiami i nagrodami związanymi z takimi pożyczkami, obligacjami lub skryptami dłużnymi. Opłat karnych z tytułu opóźnionej zapłaty nie uważa się za odsetki w rozumieniu niniejszego artykułu.

(5) Postanowienia ustępów 1, 2 i 3 niniejszego artykułu nie mają zastosowania, jeżeli osoba uprawniona do odsetek mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, prowadzi w drugim Państwie, w którym powstają odsetki, działalność gospodarczą poprzez zakład tam położony, bądź wykonuje wolny zawód w oparciu o stałą placówkę, która jest w nim położona i jeżeli wierzytelność, z tytułu której płacone są odsetki, jest faktycznie związana z takim zakładem lub stałą placówką. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(6) Uważa się, że odsetki powstają w Umawiającym się Państwie, jeżeli płatnikiem jest osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym Państwie. Jeżeli jednak osoba wypłacająca odsetki, bez względu na to, czy ma ona miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, posiada w Umawiającym się Państwie zakład lub stałą placówkę, w związku z działalnością których powstało zobowiązanie, z tytułu którego są wypłacane odsetki i zapłata tych odsetek jest pokrywana przez ten zakład lub stałą placówkę, to uważa się, że odsetki takie powstają w Państwie, w którym położony jest zakład lub stała placówka.

(7) Jeżeli w wyniku szczególnych powiązań między płatnikiem a osobą uprawnioną do odsetek lub między nimi a osobą trzecią, kwota odsetek, mających związek z roszczeniem wynikającym z długu, z tytułu którego są wypłacane, przekracza kwotę, którą płatnik i osoba uprawniona do odsetek uzgodniliby bez takich powiązań, wówczas postanowienia tego artykułu stosuje się tylko do tej ostatniej wymienionej kwoty. W takim przypadku nadwyżka ponad wymienioną kwotę podlega opodatkowaniu zgodnie z ustawodawstwem każdego Umawiającego się Państwa i z uwzględnieniem innych postanowień niniejszej Umowy.

Artykuł 12

Należności licencyjne

(1) Należności licencyjne, powstające w Umawiającym się Państwie i wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Jednakże należności licencyjne, o których mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, mogą być także opodatkowane w Umawiającym się Państwie, w którym powstają i zgodnie z jego ustawodawstwem, ale jeżeli osoba uprawniona do

im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

należności licencyjnych ma miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, to podatek w ten sposób ustalony nie może przekroczyć 5 procent kwoty brutto należności licencyjnych.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Diese Bestimmung ist entsprechend auf Vergütungen jeder Art anzuwenden, die für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen Persönlichkeitsrechten gezahlt werden, sowie auf Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- und Fernsehanstalten.

(3) Określenie „należności licencyjne” użyte w niniejszym artykule oznacza wszelkiego rodzaju należności płacone za użytkowanie lub prawo do użytkowania wszelkich praw autorskich do dzieła literackiego, artystycznego lub naukowego, włącznie z filmami dla kin, wszelkiego patentu, znaku towarowego, wzoru lub modelu, planu, tajemnicy technologii lub procesu produkcyjnego lub za użytkowanie lub prawo do użytkowania urządzenia przemysłowego, handlowego lub naukowego lub za informacje dotyczące doświadczenia w dziedzinie przemysłowej, handlowej lub naukowej. Postanowienie to stosuje się odpowiednio do wszelkiego rodzaju wypłat za użytkowanie lub prawo do użytkowania nazwy, zdjęcia lub innych podobnych praw osobistych oraz do wypłat otrzymywanych jako wynagrodzenie za nagranie przez radio lub telewizję występów sportowców lub artystów.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania, jeżeli osoba uprawniona do należności licencyjnych, mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, prowadzi w drugim Umawiającym się Państwie, z którego pochodzą należności licencyjne, działalność gospodarczą poprzez zakład w nim położony, bądź wykonuje wolny zawód w oparciu o stałą placówkę tam położoną, a prawa lub majątek, z tytułu których wypłacane są należności licencyjne, faktycznie wiążą się z działalnością tego zakładu lub stałej placówki. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Uważa się, iż należności licencyjne powstają w Umawiającym się Państwie, jeżeli ich płatnikiem jest osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym Państwie. Jednakże jeżeli osoba płacąca należności licencyjne, bez względu na to, czy ma ona miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, posiada w Umawiającym się Państwie zakład lub stałą placówkę, w związku z działalnością których powstał obowiązek zapłaty należności licencyjnych, a należności te są pokrywane przez ten zakład lub stałą placówkę, wówczas uważa się, iż należności licencyjne powstają w Państwie, w którym położony jest zakład lub stała placówka.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(6) Jeżeli w wyniku szczególnych powiązań między płatnikiem a osobą uprawnioną do należności licencyjnych lub między nimi a osobą trzecią, kwota należności licencyjnych płacona za użytkowanie, prawo lub informację, przekracza kwotę, którą płatnik i osoba uprawniona do należności licencyjnych uzgodniliby bez tych powiązań, wówczas postanowienia tego artykułu stosuje się tylko do tej ostatniej wymienionej kwoty. W takim przypadku nadwyżka ponad wymienioną kwotę, podlega opodatkowaniu zgodnie z ustawodawstwem każdego Umawiającego się Państwa i z uwzględnieniem innych postanowień niniejszej Umowy.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Anteilen und sonstigen Rechten an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen überwiegend unmittelbar oder mittelbar aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat oder aus Rechten an diesem unbeweglichen Vermögen besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

Artykuł 13

Zyski z przeniesienia własności majątku

(1) Zyski osiągane przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, z przeniesienia własności majątku nieruchomego w rozumieniu artykułu 6 i położonego w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Zyski z przeniesienia własności akcji, udziałów lub innych praw w spółce, której aktywa majątkowe składają się głównie, bezpośrednio lub pośrednio z majątku nieruchomego, położonego w Umawiającym się Państwie lub z praw wchodzących w skład tego majątku nieruchomego, mogą być opodatkowane w tym Państwie.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während eines Zeitraums von mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Aktien und Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. Besteuert der erstgenannte Staat beim Wegzug einer ansässigen natürlichen Person einen Vermögenszuwachs, so wird bei späterer Veräußerung der Aktien oder Anteile, wenn der daraus erzielte Gewinn in dem anderen Staat gemäß Absatz 5 besteuert wird, dieser Staat bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns den Betrag zugrunde legen, den der erstgenannte Staat im Zeitpunkt des Wegzugs als Erlös angenommen hat.

(3) Zyski z przeniesienia własności majątku ruchomego stanowiącego majątek zakładowy zakładu, który przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa posiada w drugim Umawiającym się Państwie albo z przeniesienia własności mienia ruchomego należącego do stałej placówki, którym osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie dysponuje w drugim Umawiającym się Państwie w celu wykonywania wolnego zawodu, łącznie z zyskami, które pochodzą z przeniesienia własności takiego zakładu (odrębnie albo z całym przedsiębiorstwem) lub takiej stałej placówki, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(4) Zyski osiągane z przeniesienia własności statków morskich lub statków powietrznych eksploatowanych w transporcie międzynarodowym, statków eksploatowanych w żegludze śródlądowej oraz z przeniesienia własności majątku ruchomego związanego z eksploatacją takich statków morskich, statków powietrznych lub statków żeglugi śródlądowej, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(5) Zyski z przeniesienia własności jakiegokolwiek majątku nie wymienionego w powyższych ustępach podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym przenoszący własność ma miejsce zamieszkania lub siedzibę.

(6) W przypadku gdy osoba fizyczna miała miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie przez okres przynajmniej pięciu lat i uzyskała miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, ustęp 5 nie narusza prawa pierwszego Państwa do opodatkowania tej osoby fizycznej na podstawie swego wewnętrznego ustawodawstwa z tytułu jakiegokolwiek przyrostu majątku osiągniętego z akcji lub udziałów w spółkach mających siedzibę w pierwszym Umawiającym się Państwie do dnia, kiedy osoba ta przestała mieć miejsce zamieszkania w tym Państwie. Jeżeli pierwsze z wymienionych Państw opodatkowuje osobę fizyczną mającą tam miejsce zamieszkania z tytułu przyrostu majątku w chwili, gdy osoba ta opuszcza to Państwo, a własność akcji lub udziałów jest następnie przeniesiona i zyski z tego przeniesienia są opodatkowane w drugim Państwie zgodnie z ustępem 5, wówczas to drugie Państwo przyjmuje jako podstawę oszacowania zysku z przeniesienia własności tę kwotę, którą przyjęło pierwsze Państwo jako wpływ w chwili, gdy ta osoba fizyczna opuszczała jego terytorium.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

Artykuł 14

Wolne zawody

(1) Dochód, który osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie osiąga z wykonywanego wolnego zawodu albo z innej działalności o samodzielnym charakterze, podlega opodatkowaniu tylko w tym Państwie, chyba że osoba ta dysponuje stałą placówką w drugim Umawiającym się Państwie w celu wykonywania swej działalności. Jeżeli dysponuje ona taką stałą placówką, wówczas dochód może być opodatkowany w drugim Państwie, jednak tylko w takim zakresie, w jakim może być przypisany tej stałej placówce.

(2) Określenie „wolny zawód” obejmuje w szczególności samodzielnie wykonywaną działalność naukową, literacką, artystyczną, wychowawczą lub edukacyjną, jak również samodzielnie wykonywaną działalność lekarzy, adwokatów i radców prawnych, inżynierów, architektów, dentystów, doradców podatkowych i biegłych rewidentów.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit

Artykuł 15

Praca najemna

(1) Z zastrzeżeniem postanowień artykułów 16, 17, 18 i 19 uposażenia, płace i podobne wynagrodzenia, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie

bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahrs beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 gelten nicht für Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, in diesem Absatz „Arbeitnehmer“ genannt, bezieht und die von einem oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Vertragsstaat ansässig ist, wenn diese Arbeit in dem anderen Staat ausgeübt wird und

a) der Arbeitnehmer während seiner Beschäftigung auch Dienstleistungen an eine andere Person als den Arbeitgeber erbringt, die die Art der Ausführung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar überwacht, und

b) der Arbeitgeber nicht die Verantwortung oder das Risiko hinsichtlich der Arbeitsergebnisse des Arbeitnehmers trägt.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als bevollmächtigter Vertreter einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

otrzymuje z pracy najemnej, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie, chyba że praca najemna wykonywana jest w drugim Umawiającym się Państwie. Jeżeli praca jest tak wykonywana, to otrzymywane za nią wynagrodzenie może być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Bez względu na postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu wynagrodzenie, jakie osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z pracy najemnej, wykonywanej w drugim Umawiającym się Państwie, podlega opodatkowaniu tylko w pierwszym Państwie jeżeli:

a) odbiorca przebywa w drugim Państwie przez okres lub okresy nie przekraczające łącznie 183 dni podczas dwunastomiesięcznego okresu, rozpoczynającego się lub kończącego w danym roku podatkowym, i

b) wynagrodzenie jest wypłacane przez pracodawcę lub w imieniu pracodawcy, który nie ma miejsca zamieszkania lub siedziby w drugim Państwie, i

c) wynagrodzenie nie jest ponoszone przez zakład lub stałą placówkę, którą pracodawca posiada w drugim Państwie.

(3) Postanowienia ustępu 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania do wynagrodzenia otrzymywanego przez osobę mającą miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie, zwaną w tym ustępie „pracownikiem”, oraz wypłacanego przez lub w imieniu pracodawcy, który nie ma miejsca zamieszkania lub siedziby w drugim Umawiającym się Państwie, jeżeli praca ta wykonywana jest w tym drugim Państwie, i jeżeli:

a) pracownik wykonuje w ramach pracy najemnej również usługi na rzecz osoby innej niż pracodawca, która kontroluje bezpośrednio lub pośrednio sposób wykonania tych usług, i

b) pracodawca nie ponosi odpowiedzialności lub ryzyka za skutki pracy wykonanej przez pracownika.

(4) Bez względu na poprzednie postanowienia niniejszego artykułu, wynagrodzenie otrzymywane z pracy najemnej, wykonywanej na pokładzie statku morskiego lub statku powietrznego eksploatowanego w transporcie międzynarodowym albo na pokładzie statku eksploatowanego w żegludze śródlądowej, może być opodatkowane w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

Artykuł 16

Wynagrodzenia członków rady nadzorczej i zarządu

(1) Wynagrodzenia członków rady nadzorczej lub zarządu i inne podobne płatności, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z tytułu członkostwa w radzie nadzorczej lub zarządzie spółki, mającej siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Uposażenia, płace i inne podobne wynagrodzenia, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z tytułu pełnienia obowiązków pełnomocnika spółki, mającej siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

Artykuł 17

Artyści i sportowcy

(1) Bez względu na postanowienia artykułów 7, 14 i 15 dochód uzyskany przez osobę mającą miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie z tytułu działalności artystycznej, na przykład artysty scenicznego, filmowego, radiowego lub telewizyjnego, jak też muzyka lub sportowca, z osobiście wykonywanej w tym charakterze działalności w drugim Umawiającym się Państwie, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln eines oder beider Vertragsstaaten, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer Regierungseinrichtung oder einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

(2) Jeżeli dochód, mający związek z osobiście wykonywaną działalnością artysty lub sportowca, nie przypada temu artyście lub sportowcowi lecz innej osobie, to dochód taki bez względu na postanowienia artykułów 7, 14 i 15 może być opodatkowany w tym Umawiającym się Państwie, w którym działalność tego artysty lub sportowca jest wykonywana.

(3) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania do dochodu osiąganego z działalności artysty lub sportowca w Umawiającym się Państwie, jeżeli pobyt w tym Państwie jest całkowicie lub głównie opłacany z funduszy publicznych jednego lub obu Umawiających się Państw, kraju związkowego, jednostki terytorialnej, organu lokalnego lub instytucji rządowej albo organizacji użyteczności publicznej.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, können nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und nicht wiederkehrende Leistungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung, Verletzungen oder für Schäden erbringt, einschließlich solcher, die als Folge von Kriegshandlungen entstanden sind, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für Leistungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für Verletzungen oder Schäden erbringt, die als Folge des Wehr- oder Zivildienstes, einer medizinischen Behandlung einschließlich einer Impfung, einer Straftat oder ähnlicher Vorkommnisse entstanden sind.

(5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in diesem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

(6) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artykuł 18

Emerytury, renty i inne podobne płatności

(1) Emerytury i podobne świadczenia lub renty otrzymywane przez osobę mającą miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie z drugiego Umawiającego się Państwa, podlegają opodatkowaniu tylko w tym pierwszym Państwie.

(2) Bez względu na postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu płatności otrzymywane przez osobę mającą miejsce zamieszkania w jednym Umawiającym się Państwie z obowiązkowego systemu ubezpieczeń socjalnych drugiego Umawiającego się Państwa, podlegają opodatkowaniu tylko w tym drugim Państwie.

(3) Bez względu na postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu okresowe lub doraźne świadczenia wypłacane przez Umawiające się Państwo lub jego jednostkę terytorialną osobie mającej miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, jako odszkodowanie z tytułu prześladowań politycznych, obrażeń lub szkód, w tym poniesionych w wyniku działań wojennych, mogą podlegać opodatkowaniu tylko w pierwszym wymienionym Państwie.

(4) Ustęp 3 stosuje się odpowiednio do świadczeń wypłacanych przez Umawiające się Państwo lub jego jednostkę terytorialną osobie mającej miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, jako odszkodowanie z tytułu obrażeń lub szkód, powstałych w wyniku służby wojskowej lub zastępczej służby wojskowej, w wyniku zabiegu medycznego, włączając szczepienie, w wyniku przestępstwa bądź podobnych faktów.

(5) Płatności na utrzymanie, w tym na utrzymanie dzieci, dokonywane przez osobę mającą miejsce zamieszkania w jednym z Umawiających się Państw na rzecz osoby mającej miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, są zwolnione z opodatkowania w tym drugim Państwie. Postanowienie to nie ma zastosowania, jeżeli tego rodzaju świadczenia na utrzymanie mogą być odliczone w pierwszym Państwie przy ustalaniu dochodu płatnika podlegającego opodatkowaniu; w rozumieniu tego ustępu nie uznaje się za odliczenie ulg podatkowych przyznawanych w celu złagodzenia obciążeń socjalnych.

(6) Określenie „renta” oznacza kwotę wypłacaną regularnie w ustalonych terminach, dożywotnio lub przez ściśle określony albo możliwy do określenia czas, w wyniku zobowiązania, które przewiduje takie płatności w zamian za spełnione świadczenie dające się wymierzyć w pieniądzu lub w równoważniku pieniężnym.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleistete

Artykuł 19

Służba publiczna

(1)

a) Uposażenia, płace i podobne wynagrodzenia, za wyjątkiem emerytur, wypłacane przez Umawiające się Państwo, jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny osobie fizycznej z tytułu usług świadczonych na rzecz tego Państwa, jego jed-

Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist; oder

bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die eine natürliche Person für das Goethe-Institut Inter Nationes, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, Polnische Kulturinstitute oder ähnliche Körperschaften erbracht hat, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einigen, sofern diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, besteuert werden.

nostki terytorialnej lub organu lokalnego, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

b) Jednakże uposażenia, płace i inne podobne wynagrodzenia podlegają opodatkowaniu tylko w drugim Umawiającym się Państwie, jeżeli usługi są świadczone w tym Państwie, a osoba świadcząca te usługi ma miejsce zamieszkania w tym Państwie, która

aa) jest obywatelem tego Państwa; lub

bb) nie stała się osobą mającą miejsce zamieszkania w tym Państwie wyłącznie w celu świadczenia tych usług.

(2)

a) Emerytura wypłacana przez lub pochodząca z funduszy utworzonych przez Umawiające się Państwo, jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny, osobie fizycznej z tytułu świadczenia usług na rzecz tego Państwa, jego jednostki terytorialnej lub organu lokalnego, podlega opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

b) Jednakże taka emerytura podlega opodatkowaniu tylko w drugim Umawiającym się Państwie, jeśli osoba fizyczna jest obywatelem tego Państwa i posiada w nim miejsce zamieszkania.

(3) Postanowienia artykułów 15, 16 i 18 stosuje się do uposażeń, płac i podobnych wynagrodzeń oraz emerytur z tytułu świadczonych usług pozostających w związku z działalnością gospodarczą prowadzoną przez Umawiające się Państwo, jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu stosuje się także do uposażeń, płac i podobnych wynagrodzeń oraz emerytur wypłacanych osobie fizycznej z tytułu usług świadczonych na rzecz Instytutu Goethego Inter Nationes (Goethe-Institut Inter Nationes), Niemieckiej Centrali Wymiany Akademickiej („Deutscher Akademischer Austauschdienst"), Instytutów Kultury Polskiej i podobnych instytucji, które będą uzgodnione przez właściwe organy Umawiających się Państw, z zastrzeżeniem, że takie świadczenia będą podlegały opodatkowaniu w Umawiającym się Państwie, z którego będą wypłacane.

Artikel 20

Professoren und Forscher

Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat zur Ausübung einer Lehr- oder Forschungstätigkeit an einer Universität, Hochschule oder einer anderen anerkannten Lehreinrichtung in diesem Vertragsstaat aufhält und im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vor diesem Aufenthalt ansässig war, ist im erstgenannten Vertragsstaat mit ihren für diese Lehr- oder Forschungstätigkeit bezogenen Vergütungen für höchstens zwei Jahre ab dem Tag ihrer ersten Einreise zu diesem Zweck von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass sie mit diesen Vergütungen im anderen Vertragsstaat besteuert wird.

Artykuł 20

Profesorowie i pracownicy naukowo-badawczy

Osoba fizyczna, która przebywa czasowo w jednym Umawiającym się Państwie w celu nauczania lub prowadzenia prac badawczych na uniwersytecie, w szkole wyższej bądź innej uznanej placówce oświatowej tego Umawiającego się Państwa, a która ma lub bezpośrednio przed tym pobytem miała stałe miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, podlega zwolnieniu od opodatkowania w pierwszym wymienionym Państwie z tytułu wynagrodzenia za nauczanie lub prowadzenie prac badawczych przez okres nie przekraczający dwóch lat, licząc od dnia jej pierwszego przyjazdu w tym celu, pod warunkiem, że będzie ona opodatkowana z tytułu takiego wynagrodzenia w drugim Umawiającym się Państwie.

Artikel 21

Studenten

Zahlungen, die ein Student, ein Auszubildender oder ein Praktikant, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artykuł 21

Studenci

Świadczenia otrzymywane na utrzymanie, kształcenie lub odbywanie praktyki przez studenta, osobę uczącą się zawodu lub praktykanta, który przebywa w Umawiającym się Państwie wyłącznie w celu kształcenia się, odbywania praktyki lub szkolenia, a który ma lub bezpośrednio przed przybyciem do tego Państwa miał miejsce zamieszkania w drugim Państwie, nie podlegają opodatkowaniu w pierwszym Państwie, jeżeli świadczenia te pochodzą ze źródeł spoza tego Państwa.

Artikel 22

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(3) Bestehen zwischen der in Absatz 1 genannten ansässigen Person und einer anderen Person oder zwischen beiden von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die in Absatz 1 genannten Einkünfte den Betrag, den sie (möglicherweise) ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 23

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24

Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden vorbehaltlich des Buchstabens b die Einkünfte aus der Republik Polen sowie die in der Republik Polen gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Polen besteuert werden können.

Artykuł 22

Inne dochody

(1) Dochody osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, bez względu na to, gdzie są osiągane, a które nie są objęte postanowieniami poprzednich artykułów niniejszej Umowy, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

(2) Postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu nie mają zastosowania do dochodów nie będących dochodami z majątku nieruchomego, określonego w artykule 6 ustęp 2, jeżeli osoba osiągająca takie dochody, posiadająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, prowadzi w drugim Umawiającym się Państwie działalność gospodarczą poprzez zakład w nim położony lub wykonuje w tym drugim Państwie wolny zawód w oparciu o stałą placówkę w nim położoną i gdy prawo lub majątek, z tytułu których osiąga dochód, są faktycznie związane z działalnością takiego zakładu lub stałej placówki. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(3) Jeżeli w wyniku specjalnych powiązań pomiędzy osobą, o której mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, a inną osobą, lub pomiędzy nimi obydwiema a osobą trzecią, kwota dochodu, o której mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, przekracza kwotę, która mogłaby być uzgodniona pomiędzy nimi, gdyby takie powiązania nie istniały, postanowienia tego artykułu mają zastosowanie tylko do ostatniej wymienionej kwoty. W takim przypadku, nadwyżka wypłaty podlega opodatkowaniu zgodnie z prawem każdego z Umawiających się Państw i z uwzględnieniem innych postanowień niniejszej Umowy.

Artykuł 23

Majątek

(1) Majątek nieruchomy w rozumieniu artykułu 6, będący własnością osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, a położony w drugim Umawiającym się Państwie, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(2) Majątek ruchomy stanowiący majątek zakładowy zakładu, którym przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa dysponuje w drugim Umawiającym się Państwie lub majątek ruchomy należący do stałej placówki, którym osoba, mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie dysponuje w drugim Umawiającym się Państwie w celu wykonywania wolnego zawodu, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(3) Statki morskie i statki powietrzne eksploatowane w transporcie międzynarodowym oraz statki eksploatowane w żegludze śródlądowej, jak również majątek ruchomy służący do eksploatacji takich statków morskich, statków powietrznych i statków żeglugi śródlądowej, podlega opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(4) Wszelkie inne części majątku osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

Artykuł 24

Metody unikania podwójnego opodatkowania

(1) W przypadku osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec podatek będzie ustalany w następujący sposób:

a) Jeżeli nie mają zastosowania postanowienia w punkcie b), dochód uzyskiwany w Rzeczypospolitej Polskiej lub mienie położone w Rzeczypospolitej Polskiej, które zgodnie z niniejszą Umową może podlegać opodatkowaniu w Rzeczypospolitej Polskiej, podlega wyłączeniu z podstawy wymiaru podatku niemieckiego.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Polen ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind. Vorstehender Satz gilt nicht für Einkünfte aus Dividenden, die von einer Gesellschaft gezahlt werden, die in der Republik Polen ansässig ist und Anspruch auf die Steuervergünstigung nach dem Gesetz vom 20. Oktober 1994 über die besonderen Wirtschaftszonen in der Republik Polen hat.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die polnische Steuer angerechnet, die nach polnischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a Satz 2 fallen;

bb) Einkünfte, die nach Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 3, Artikel 16 Absatz 1 und Artikel 17 in der Republik Polen besteuert werden können.

c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Polen ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten oder aus unter § 8 Absatz 2 dieses Gesetzes fallenden Beteiligungen bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

d) Die Bundesrepublik Deutschland behält das Recht, die nach diesem Abkommen von der deutschen Besteuerung ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte und Vermögenswerte zu berücksichtigen.

(2) Bei einer in der Republik Polen ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in der Republik Polen ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so nimmt die Republik Polen, vorbehaltlich des Buchstabens b, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus. Die Republik Polen kann bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

W przypadku dochodu z dywidend poprzednie postanowienia mają zastosowanie jedynie do takich dywidend, które są płacone spółce (nie włączając spółek osobowych) mającej siedzibę w Republice Federalnej Niemiec przez spółkę mającą siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej, w której co najmniej 10 procent kapitału jest bezpośrednio własnością spółki niemieckiej, a które to dywidendy nie zostały odliczone przy obliczaniu zysków spółki wypłacającej dywidendy. Poprzednie zdanie nie ma zastosowania do dochodu z dywidend wypłacanych przez spółkę mającą siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej, i która jest uprawniona do korzyści w zakresie podatku od dochodu na podstawie ustawy z 20 października 1994 roku o Specjalnych Strefach Ekonomicznych w Rzeczypospolitej Polskiej.

Dla celów podatków od majątku wyłączeniu z podstawy wymiaru podatku niemieckiego podlega również każdy udział, z którego dywidenda w przypadku wypłacenia byłaby wyłączona z podstawy opodatkowania zgodnie z postanowieniami zawartymi w poprzednich zdaniach.

b) Na poczet niemieckiego podatku od dochodu zalicza się, z uwzględnieniem postanowień niemieckiego prawa o zaliczaniu podatku zagranicznego, podatek polski zapłacony zgodnie z prawem polskim i zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy od następujących rodzajów dochodu:

aa) dywidend, innych niż te, o których mowa w literze a) zdanie 2;

bb) dochodu, który może być opodatkowany w Rzeczypospolitej Polskiej na podstawie artykułu 11 ustęp 2, artykułu 12 ustęp 2, artykułu 13 ustęp 2, artykułu 15 ustęp 3, artykułu 16 ustęp 1 i artykułu 17.

c) Zamiast postanowień litery a), mają zastosowanie postanowienia litery b) do dochodu w rozumieniu artykułów 7 i 10 oraz do majątku stanowiącego podstawę takiego dochodu, chyba że osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec dowiedzie, że wpływy brutto zakładu w roku obrachunkowym, w którym zysk został osiągnięty, lub wpływy brutto spółki mającej siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej w roku obrachunkowym, za który dywidendy zostały rozdzielone, osiągane są wyłącznie lub prawie wyłącznie z działalności objętej paragrafem 8 ustęp 1 pkt. 1 do 6 Niemieckiej Ustawy o zasadach opodatkowania transakcji międzynarodowych („Außensteuergesetz”) lub z udziałów objętych paragrafem 8 ustęp 2 tej Ustawy; to samo ma zastosowanie do majątku nieruchomego służącego zakładowi (artykuł 6 ustęp 4) oraz do zysków z przeniesienia własności takiego majątku nieruchomego (artykuł 13 ustęp 1) oraz do majątku ruchomego stanowiącego majątek zakładowy zakładu (artykuł 13 ustęp 3).

d) Republika Federalna Niemiec zastrzega sobie prawo do wzięcia pod uwagę dochodu i majątku wyłączonego z opodatkowania niemieckiego na podstawie niniejszej Umowy, przy ustalaniu stawki podatku od pozostałego dochodu i majątku.

(2) W przypadku osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej podwójnego opodatkowania unikać się będzie w następujący sposób:

a) Jeżeli osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej osiąga dochód lub posiada majątek, który zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy może być opodatkowany w Republice Federalnej Niemiec, wówczas Rzeczpospolita Polska zwolni z uwzględnieniem postanowień litery b) taki dochód lub majątek od opodatkowania. Rzeczpospolita Polska może przy obliczaniu kwoty podatku od pozostałego dochodu lub majątku tej osoby zastosować stawkę podatkową, która byłaby zastosowana, gdyby dochód lub majątek zwolniony od opodatkowania nie podlegał takiemu zwolnieniu,

b) Bezieht eine in der Republik Polen ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet die Republik Polen auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Einkommensteuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Einkünfte entfällt.

(3) Statt des Absatzes 1 Buchstabe a oder des Absatzes 2 Buchstabe a gelten der Absatz 1 Buchstabe b oder der Absatz 2 Buchstabe b,

a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und diese Meinungsverschiedenheit sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 26 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser Meinungsverschiedenheit die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder

b) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er den Absatz 1 Buchstabe b oder den Absatz 2 Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

b) Jeżeli osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej osiąga części dochodu, które zgodnie z postanowieniami artykułów 10, 11 i 12 mogą być opodatkowane w Republice Federalnej Niemiec, wówczas Rzeczpospolita Polska zezwoli na odliczenie od podatku dochodowego tej osoby kwoty równej podatkowi dochodowemu zapłaconemu w Republice Federalnej Niemiec. Jednakże takie odliczenie nie może przekroczyć tej części podatku, jaka została obliczona przed dokonaniem odliczenia i który odpowiada tej części dochodu, która została osiągnięta w Republice Federalnej Niemiec.

(3) Zamiast postanowień ustępu 1 litera a) lub ustępu 2 litera a) niniejszego artykułu mają zastosowanie zależnie od przypadku postanowienia ustępu 1 litera b) lub ustępu 2 litera b) niniejszego artykułu, jeżeli:

a) w Umawiających się Państwach dochód lub majątek objęty jest odmiennymi postanowieniami Umowy lub jest przypisany odmiennym osobom (z wyjątkiem osób w rozumieniu artykułu 9), a ta różnica stanowisk nie może być uregulowana zgodnie z procedurą przewidzianą w artykule 26 ustęp 3, i jeżeli w wyniku tych rozbieżności stanowisk dany dochód lub majątek mógłby być nie opodatkowany lub mógłby być opodatkowany według niższej stawki, lub

b) po przeprowadzeniu właściwych konsultacji i z zastrzeżeniem ograniczeń wynikających z wewnętrznego ustawodawstwa Umawiające się Państwo notyfikuje drugiemu Umawiającemu się Państwu w drodze dyplomatycznej, że zamierza zastosować postanowienia ustępu 1 litera b lub ustępu 2 litera b) niniejszego artykułu do innych rodzajów dochodu. Notyfikacja będzie miała zastosowanie od pierwszego dnia roku kalendarzowego następującego po roku, w którym została dokonana, i po spełnieniu wszystkich wymogów prawa Państwa przekazującego notyfikację niezbędnych dla jej wejścia w życie.

Artikel 25

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

Artykuł 25

Równe traktowanie

(1) Obywatele Umawiającego się Państwa nie mogą być poddani w drugim Umawiającym się Państwie ani opodatkowaniu, ani związanym z nim obowiązkom, które są inne lub bardziej uciążliwe, niż opodatkowanie i związane z nim obowiązki, którym są lub mogą być poddani w tych samych okolicznościach obywatele tego drugiego Państwa, a w szczególności w związku z ich miejscem zamieszkania. Niniejsze postanowienie stosuje się również bez względu na postanowienia artykułu 1 w stosunku do osób, które nie mają miejsca zamieszkania lub siedziby w jednym lub obu Umawiających się Państwach.

(2) Bezpaństwowcy, którzy mają miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie, nie będą poddani w żadnym z Umawiających się Państw opodatkowaniu ani związanym z nim obowiązkom, które są inne lub bardziej uciążliwe niż opodatkowanie i związane z nim obowiązki, którym są lub mogą być poddani obywatele danego Państwa w takich samych okolicznościach.

(3) Opodatkowanie zakładu, który przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa posiada w drugim Umawiającym się Państwie, nie może być w tym drugim Państwie mniej korzystne niż opodatkowanie przedsiębiorstw tego drugiego Państwa prowadzących taką samą działalność. Postanowienie to nie może być rozumiane jako zobowiązujące Umawiające się Państwo do udzielenia osobom mającym miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie jakichkolwiek osobistych zwolnień, ulg i obniżek podatkowych z uwagi na stan cywilny lub obciążenia rodzinne, których udziela ono osobom mającym miejsce zamieszkania lub siedzibę na jego terytorium.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Z wyjątkiem przypadków stosowania postanowień artykułu 9 ustęp 1, artykułu 11 ustęp 7 lub artykułu 12 ustęp 6, odsetki, należności licencyjne i inne koszty ponoszone przez przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa na rzecz osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie są odliczane przy określaniu podlegających opodatkowaniu zysków tego przedsiębiorstwa na takich samych warunkach, jakby były one płacone na rzecz osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym pierwszym Państwie. Podobnie zobowiązania przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa zaciągnięte wobec osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, są odliczane przy określaniu podlegającego opodatkowaniu majątku tego przedsiębiorstwa na takich samych warunkach, jakby były one zaciągnięte wobec osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w pierwszym wymienionym Państwie.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa, których kapitał należy w całości lub częściowo, albo który jest kontrolowany bezpośrednio lub pośrednio przez jedną lub więcej osób, mających miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, nie mogą być w pierwszym Umawiającym się Państwie poddane opodatkowaniu, ani związanym z nim obowiązkom, które są inne lub bardziej uciążliwe aniżeli opodatkowanie i związane z nim obowiązki, którym są lub mogą być poddane podobne przedsiębiorstwa pierwszego wymienionego Państwa.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

(6) Bez względu na postanowienia artykułu 2 postanowienia niniejszego artykułu mają zastosowanie do wszystkich podatków bez względu na ich rodzaj i nazwę.

Artikel 26

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artykuł 26

Procedura wzajemnego porozumiewania się

(1) Jeżeli osoba jest zdania, że działania jednego lub obu Umawiających się Państw wprowadziły lub wprowadzą dla niej opodatkowanie, które jest niezgodne z postanowieniami niniejszej Umowy, wówczas może ona niezależnie od środków odwoławczych przewidzianych w prawie wewnętrznym tych Państw, przedstawić swoją sprawę właściwemu organowi tego Państwa, w którym ma ona miejsce zamieszkania lub siedzibę, albo jeżeli w danej sprawie mają zastosowanie postanowienia artykułu 25 ustęp 1, właściwemu organowi tego Umawiającego się Państwa, którego jest obywatelem. Sprawa musi być przedłożona w ciągu trzech lat, licząc od dnia pierwszego zawiadomienia o działaniu, powodującym opodatkowanie niezgodne z postanowieniami niniejszej Umowy.

(2) Właściwy organ, jeżeli uzna zarzut za uzasadniony i nie może spowodować zadowalającego rozwiązania, podejmie starania, aby przypadek ten uregulować w porozumieniu z właściwym organem drugiego Umawiającego się Państwa, tak aby zapobiec opodatkowaniu niezgodnemu z niniejszą Umową. Każde osiągnięte porozumienie zostanie wprowadzone w życie bez względu na terminy przewidziane przez ustawodawstwo wewnętrzne Umawiających się Państw.

(3) Właściwe organy Umawiających się Państw będą wspólnie czynić starania, aby w drodze wzajemnego porozumienia usuwać trudności lub wątpliwości, które mogą powstać przy interpretacji lub stosowaniu Umowy. Mogą one również porozumiewać się wzajemnie co do sposobu zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w przypadkach, które nie są uregulowane w niniejszej Umowie.

(4) Właściwe organy Umawiających się Państw mogą komunikować się bezpośrednio w celu osiągnięcia porozumienia w sprawach objętych postanowieniami poprzednich ustępów niniejszego artykułu.

Artikel 27

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke und mit den von der zuständigen Behörde des übermittelnden Vertragsstaats vorgeschriebenen Einschränkungen verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen, vorausgesetzt, dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen erhebt. Die Informationen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats an andere Stellen weitergeleitet werden.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Gewerbe-, Industrie- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche;

d) Informationen zu erteilen, soweit er der Auffassung ist, dass die Besteuerung im ersuchenden Staat den allgemein anerkannten Grundsätzen der Besteuerung oder den Bestimmungen eines Abkommens widerspricht, das der ersuchte Staat mit dem ersuchenden Staat geschlossen hat;

e) Informationen zu erteilen, wenn dies dazu führen würde, dass ein Staatsangehöriger des ersuchten Staates und Staatsangehörige des ersuchenden Staates unter den gleichen Verhältnissen nicht gleichbehandelt würden.

Artykuł 27

Wymiana informacji

(1) Właściwe organy Umawiających się Państw będą wymieniały informacje, które są niezbędne do stosowania niniejszej Umowy oraz informacje dotyczące ustawodawstwa wewnętrznego Umawiających się Państw w odniesieniu do podatków bez względu na ich rodzaj i nazwę, które pobierane są na rzecz Umawiających się Państw lub ich jednostek terytorialnych w zakresie, w jakim opodatkowanie przewidziane w tym ustawodawstwie nie jest sprzeczne z Umową. Wymiana informacji nie jest ograniczona postanowieniami artykułów 1 i 2. Wszelkie informacje uzyskane przez Umawiające się Państwo będą stanowiły tajemnicę na takiej samej zasadzie, jak informacje uzyskane zgodnie z ustawodawstwem wewnętrznym tego Państwa i będą mogły być ujawnione jedynie osobom lub organom (w tym organom sądowym albo administracyjnym) zajmującym się wymiarem lub poborem, egzekucją lub ściganiem albo rozpatrywaniem odwołań w zakresie podatków wymienionych w zdaniu 1. Takie osoby lub organy będą wykorzystywać informacje wyłącznie w takich celach i z uwzględnieniem ograniczeń ustalonych przez właściwy organ dostarczający dane Umawiającemu się Państwu. Mogą one ujawniać te informacje w jawnym postępowaniu sądowym lub w postanowieniach sądowych pod warunkiem, że właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa nie wniesie żadnego zastrzeżenia. Informacje te mogą być przekazywane innym agendom tylko za uprzednią zgodą właściwego organu drugiego Umawiającego się Państwa.

(2) Ustęp 1 niniejszego artykułu nie może być interpretowany jako zobowiązujący jedno z Umawiających się Państw do:

a) stosowania środków administracyjnych w celu udzielenia informacji, które są niezgodne z ustawodawstwem lub praktyką administracyjną tego lub drugiego Umawiającego się Państwa,

b) udzielania informacji, których uzyskanie nie byłoby możliwe na podstawie ustawodawstwa albo w ramach zwykłej praktyki administracyjnej tego lub drugiego Umawiającego się Państwa,

c) udzielania informacji, które ujawniłyby tajemnicę handlową, gospodarczą, przemysłową lub zawodową albo działalność handlową lub informacji, których udzielanie byłoby sprzeczne z porządkiem publicznym (ordre public).

d) udzielania informacji, o ile uważa ono opodatkowanie w państwie proszącym o udzielenie informacji za sprzeczne z ogólnie uznanymi zasadami opodatkowania lub z postanowieniami jakiejkolwiek umowy, jaką państwo proszone zawarło z państwem proszącym o informację.

e) udzielania informacji, jeżeli prowadziłoby to do dyskryminacji między obywatelami państwa proszonego a obywatelami państwa proszącego o informacje w takich samych okolicznościach.

Artikel 28

Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von steuerlichen Ansprüchen. Diese Amtshilfe wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der Begriff „steuerlicher Anspruch“ im Sinne dieses Artikels bedeutet einen Betrag, der im Hinblick auf für Rechnung der Vertragsstaaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhobenen Steuern jeder Art und Bezeichnung geschuldet wird, soweit die Besteuerung nach diesem Abkommen oder

Artykuł 28

Pomoc w poborze podatków

(1) Umawiające się Państwa będą udzielały sobie wzajemnie pomocy w egzekucji ich wierzytelności podatkowych. Pomoc ta nie jest ograniczona postanowieniami artykułów 1 i 2. Właściwe organy Umawiających się Państw mogą, w drodze wzajemnego porozumienia ustalić tryb stosowania tego artykułu.

(2) Użyte w tym artykule określenie „wierzytelność podatkowa” oznacza kwotę należną z tytułu podatków bez względu na rodzaj i nazwę, nakładanych w imieniu Umawiających się Państw lub ich jednostek terytorialnych, o ile takie opodatkowanie nie jest sprzeczne z niniejszą Umową lub innym między-

anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht entgegensteht sowie mit diesem Betrag zusammenhängenden Zinsen, Geldbußen sowie Kosten der Beitreibung und Sicherung.

(3) Ist der steuerliche Anspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, wird dieser steuerliche Anspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats für die Zwecke der Beitreibung durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats angenommen. Der steuerliche Anspruch wird von dem anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Beitreibung der eigenen Steuern beigetrieben, als handele es sich bei dem steuerlichen Anspruch um einen steuerlichen Anspruch dieses anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem steuerlichen Anspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Sicherungsmaßnahmen einleiten kann, um die Beitreibung sicherzustellen, wird dieser steuerliche Anspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats angenommen. Dieser andere Staat leitet in Übereinstimmung mit den eigenen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen steuerlichen Anspruch ein, als wäre der steuerliche Anspruch ein steuerlicher Anspruch dieses anderen Staates, selbst wenn die steuerliche Forderung im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen in dem erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Beitreibung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 und 4 angenommener Anspruch als solcher in diesem Staat nicht den Ausschlussfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behandlung eines steuerlichen Anspruchs nach dem Recht dieses Staates. Auch hat ein steuerlicher Anspruch, der von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 und 4 angenommen wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser steuerliche Anspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Fälligkeit oder der Höhe des steuerlichen Anspruchs eines Vertragsstaats können nur bei den Gerichten oder Verwaltungsorganen dieses Staates eingeleitet werden. Dieser Artikel begründet keinerlei Rechte zur Einleitung solcher Verfahren bei Gerichten oder Verwaltungsorganen des anderen Vertragsstaats.

(7) Verliert der betreffende steuerliche Anspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats der Absätze 3 und 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden steuerlichen Anspruch beigetrieben und an den erstgenannten Staat überwiesen hat,

a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als steuerlicher Anspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die in diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Beitreibung nicht verhindern kann, oder

b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als steuerlicher Anspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Beitreibung erlassen kann,

narodowym porozumieniem, którego Umawiające się Państwa są stronami, łącznie z odsetkami, karami administracyjnymi i kosztami egzekucji lub kosztami środków zabezpieczających związanych z taką kwotą.

(3) Jeżeli wierzytelność podatkowa Umawiającego się Państwa, która podlega egzekucji na mocy ustaw tego Państwa i jest należna od osoby, która w danym czasie nie może na mocy tych ustaw przeszkodzić jej egzekucji, to taka wierzytelność podatkowa na wniosek właściwego organu tego Państwa będzie w celu jej egzekucji przyjęta przez właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa. Taka wierzytelność podatkowa będzie ściągnięta przez to drugie Państwo zgodnie z jego ustawodawstwem stosowanym w zakresie egzekucji i poboru jego własnych podatków, tak jakby dana wierzytelność podatkowa była wierzytelnością podatkową tego drugiego Państwa.

(4) Jeżeli wierzytelność podatkowa Umawiającego się Państwa jest wierzytelnością, w odniesieniu do której to Państwo może na mocy jego prawa podjąć środki zabezpieczające dla potrzeb jej egzekucji, to na wniosek właściwego organu tego Państwa taka wierzytelność podatkowa będzie przyjęta w celu podjęcia środków zabezpieczających przez właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa. To drugie Państwo podejmie środki zabezpieczające w odniesieniu do wierzytelności podatkowej zgodnie z przepisami jego ustawodawstwa, tak jakby ta wierzytelność podatkowa była wierzytelnością podatkową tego drugiego Państwa, nawet jeżeli w czasie podjęcia takich środków zabezpieczających, wierzytelność podatkowa nie podlega egzekucji w pierwszym wymienionym Państwie lub jeżeli jest należna od osoby, która ma prawo zapobiec egzekucji.

(5) Bez względu na postanowienia ustępów 3 i 4, wierzytelność podatkowa przyjęta przez jedno Umawiające się Państwo w rozumieniu ustępów 3 i 4 nie będzie w tym Państwie podlegać przedawnieniu ani nie przyzna jej się pierwszeństwa stosowanego do wierzytelności podatkowej na mocy ustawodawstwa tego Państwa z uwagi na jej istotę. Ponadto wierzytelność podatkowa przyjęta przez Umawiające się Państwo w rozumieniu ustępów 3 i 4 nie będzie miała żadnego pierwszeństwa w tym Państwie na mocy ustawodawstwa drugiego Umawiającego się Państwa.

(6) Postępowanie odnośnie istnienia, wymagalności lub kwoty wierzytelności podatkowej Umawiającego się Państwa może być prowadzone jedynie przed sądami lub organami administracyjnymi tego Państwa. Żadne postanowienie tego artykułu nie może być rozumiane jako tworzące lub przyznające prawo do wszczęcia postępowania przed jakimkolwiek sądem lub organem administracyjnym drugiego Umawiającego się Państwa.

(7) Jeżeli, w jakimś momencie po przedłożeniu wniosku przez Umawiające się Państwo na podstawie ustępów 3 i 4 i zanim drugie Umawiające się Państwo ściągnęło i przekazało daną wierzytelność podatkową pierwszemu Umawiającemu się Państwu, dana wierzytelność podatkowa przestaje być:

a) w przypadku wniosku przedłożonego na mocy ustępu 3 – wierzytelnością podatkową pierwszego Umawiającego się Państwa, która podlega egzekucji na mocy ustaw tego Państwa i jest należna od osoby, która w tym czasie nie może na mocy ustawodawstwa tego Państwa zapobiec jego egzekucji, lub

b) w przypadku wniosku przedłożonego na mocy ustępu 4 – wierzytelnością podatkową pierwszego wymienionego Państwa w odniesieniu do której to Państwo może na podstawie jego ustawodawstwa podjąć środki zabezpieczające w celu zapewnienia jej egzekucji,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und setzt das Ersuchen nach Wahl des anderen Staates aus oder nimmt es zurück.

(8) In keinem Fall sind die Bestimmungen dieses Artikels so auszulegen, als ob ein Vertragsstaat verpflichtet würde,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung widersprächen;

c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Beitreibung oder Sicherung seines steuerlichen Anspruchs, die nach seinen Gesetzen und seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;

d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.

Artikel 29

Erstattung der Abzugsteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften bei einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person im Abzugsweg an der Quelle erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Verwaltungsbescheinigung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats über die Ansässigkeit des Steuerpflichtigen im anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuervergünstigungen festlegen.

Artikel 30

Anwendung des Abkommens in besonderen Fällen

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es

a) einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;

b) die Bundesrepublik Deutschland, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.

(2) Führen die vorstehenden Bestimmungen zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 26 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung

to właściwy organ pierwszego wymienionego Państwa niezwłocznie poinformuje o tym fakcie właściwy organ drugiego Państwa i w zależności od decyzji podjętej przez drugie Państwo, pierwsze wymienione Państwo zawiesi lub wycofa swój wniosek.

(8) W żadnym przypadku postanowienia tego artykułu nie mogą być rozumiane jako nakładające na Umawiające się Państwo zobowiązania do:

a) stosowania środków administracyjnych sprzecznych z ustawodawstwem lub praktyką administracyjną tego lub drugiego Umawiającego się Państwa,

b) podejmowania działań sprzecznych z porządkiem publicznym (ordre public),

c) udzielania pomocy jeżeli drugie Umawiające się Państwo nie podjęło wszelkich stosownych czynności egzekucyjnych lub zabezpieczających, zależnie od przypadku, na podstawie jego ustawodawstwa lub praktyki administracyjnej,

d) udzielania pomocy w przypadkach, w których obciążenie administracyjne dla tego Państwa jest wyraźnie nieproporcjonalne do korzyści jakie może z tego odnieść drugie Umawiające się Państwo.

Artykuł 29

Zwrot podatku odliczanego u źródła

(1) Jeżeli w jednym z Umawiających się Państw podatki od dywidend, odsetek, należności licencyjnych lub innego dochodu są pobierane od osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie poprzez odliczenie u źródła, wówczas prawo pierwszego wymienionego Państwa do stosowania odliczenia podatku według stawki obowiązującej na podstawie przepisów jego prawa wewnętrznego nie jest naruszane przez postanowienia niniejszej Umowy. Podatek w ten sposób odliczony u źródła zwraca się na wniosek podatnika, jeżeli jest on zmniejszony lub zniesiony na mocy niniejszej Umowy.

(2) Wniosek o zwrot podatku składa się do końca czwartego roku następującego po roku kalendarzowym, w którym podatek potrącony u źródła został naliczony od dywidend, odsetek, należności licencyjnych lub innego dochodu.

(3) Umawiające się Państwo, w którym powstaje dochód, może zażądać urzędowego potwierdzenia wydanego przez właściwe organy drugiego Umawiającego się Państwa, iż podatnik posiada w tym Państwie miejsce zamieszkania lub siedzibę.

(4) Właściwe organy mogą w drodze wzajemnego porozumienia ustalić sposób wprowadzenia w życie niniejszego artykułu i jeżeli jest to konieczne, mogą ustalić inne procedury wprowadzania w życie ulg podatkowych przewidzianych w niniejszej Umowie.

Artykuł 30

Stosowanie Umowy w szczególnych przypadkach

(1) Niniejsza Umowa nie może być interpretowana w taki sposób, iż oznacza ona, że

a) uniemożliwia Umawiającemu się Państwu stosowanie przepisów prawa wewnętrznego dotyczących zapobiegania unikaniu lub uchylaniu się od opodatkowania;

b) uniemożliwia Republice Federalnej Niemiec poddawanie opodatkowaniu kwot, które stanowią dochód osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec na mocy Części 4 Niemieckiej Ustawy o zasadach opodatkowania transakcji międzynarodowych („Außensteuergesetz”).

(2) Jeżeli zastosowanie powyższych postanowień doprowadzi do podwójnego opodatkowania, właściwe organy uzgodnią na podstawie artykułu 26 ustęp 3, w jaki sposób uni-

zu vermeiden ist, sofern der Fall innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme, die zur Doppelbesteuerung geführt hat, unterbreitet wird.

knąć podwójnego opodatkowania, jeżeli dany przypadek zostanie przedstawiony w ciągu trzech lat od pierwszego zawiadomienia o działaniu prowadzącym do podwójnego opodatkowania.

Artikel 31

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte und dieses Vermögen dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer Ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die in einem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenem Vermögen nicht steuerpflichtig ist und

b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

(4) Das Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamten und für Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung eines dritten Staates und ihre Angehörigen, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten und in keinem der beiden Vertragsstaaten denselben Verpflichtungen in Bezug auf die Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen unterliegen wie dort ansässige Personen.

Artykuł 31

Członkowie misji dyplomatycznych i przedstawicielstw konsularnych

(1) Niniejsza Umowa nie narusza przywilejów podatkowych, przysługujących misjom dyplomatycznym lub urzędom konsularnym na podstawie ogólnych zasad prawa międzynarodowego lub postanowień umów szczególnych.

(2) O ile ze względu na przywileje podatkowe przysługujące misjom dyplomatycznym lub urzędom konsularnym na podstawie ogólnych zasad prawa międzynarodowego lub postanowień międzypaństwowych umów szczególnych, dochód lub majątek nie jest poddany opodatkowaniu w Państwie przyjmującym, Państwo wysyłające ma prawo do opodatkowania takiego dochodu lub majątku.

(3) Bez względu na postanowienia artykułu 4 osobę fizyczną, która jest członkiem misji dyplomatycznej, urzędu konsularnego lub stałego przedstawicielstwa Umawiającego się Państwa położonych w drugim Umawiającym się Państwie lub w Państwie trzecim, uważa się w rozumieniu niniejszej Umowy, za osobę mającą miejsce zamieszkania w Państwie wysyłającym jeżeli:

a) zgodnie z prawem międzynarodowym osoba ta nie podlega opodatkowaniu w Państwie przyjmującym, w odniesieniu do dochodu lub majątku pochodzącego ze źródeł położonych poza tym Państwem, oraz

b) osoba ta podlega w Państwie wysyłającym takim samym zobowiązaniom podatkowym w odniesieniu do całości dochodu lub majątku, jak osoby mające miejsce zamieszkania w tym Państwie.

(4) Niniejsza Umowa nie ma zastosowania do organizacji międzynarodowych, ich organów lub ich funkcjonariuszy oraz do osób, które są członkami misji dyplomatycznych lub urzędów konsularnych Państwa trzeciego jak i do członków ich rodzin, znajdujących się na terenie Umawiającego się Państwa i nie podlegających w żadnym z obu Umawiających się Państw takim samym zobowiązaniom podatkowym w odniesieniu do podatku od dochodu lub majątku, jakim podlegają osoby mające miejsce zamieszkania w tych państwach.

Artikel 32

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Warschau ausgetauscht. Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs zufließen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

b) bei den übrigen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für Steuerjahre ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

c) bezüglich des Informationsaustausches nach Artikel 27 ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

Artykuł 32

Wejście w życie

(1) Umowa niniejsza wymaga ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi możliwie jak najszybciej w Warszawie. Załączony Protokół stanowi część składową niniejszej Umowy.

(2) Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie jednego miesiąca od daty wymiany dokumentów ratyfikacyjnych i jej postanowienia będą miały zastosowanie:

a) w odniesieniu do podatków pobieranych u źródła – do kwot dochodu osiągniętego w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym Umowa wejdzie w życie;

b) w odniesieniu do innych podatków od dochodu i od majątku – do podatków naliczanych za każdy rok podatkowy rozpoczynający się w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym Umowa wejdzie w życie;

c) w odniesieniu do wymiany informacji na podstawie artykułu 27 – od dnia 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym Umowa wejdzie w życie;

d) bezüglich der Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern nach Artikel 28, wenn die zuständigen Behörden Einzelheiten, wie Artikel 28 durchzuführen ist, im Wege eines Verständigungsverfahrens nach Artikel 26 schriftlich vereinbart haben.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie die dazugehörigen Protokolle außer Kraft

a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern bezüglich der Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern bezüglich der Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Jahres erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

d) w odniesieniu do pomocy w poborze podatków na podstawie artykułu 28, postanowienia będą miały zastosowanie wtedy, gdy właściwe organy uzgodnią pisemnie w drodze procedury wzajemnego porozumiewania zgodnie z artykułem 26 tryb stosowania artykułu 28.

(3) Z chwilą wejścia w życie niniejszej Umowy, Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzecząpospolitą Ludową w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku podpisana w Warszawie dnia 18 grudnia 1972 roku, jak i Protokoły do niej załączone, przestaną być stosowane:

a) w odniesieniu do podatków pobieranych u źródła – do kwot dochodu osiągniętego w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym niniejsza Umowa wejdzie w życie; oraz

b) w odniesieniu do innych podatków – do podatków naliczanych za każdy rok podatkowy rozpoczynający się w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym niniejsza Umowa wejdzie w życie.

Artikel 33

Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen bis sechs Monate vor Ablauf eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Einkommensbeträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs zufließen, das auf das Kündigungsjahr folgt;

b) bei den übrigen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für Steuerjahre ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

c) bezüglich des Informationsaustausches nach Artikel 27 und der Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern nach Artikel 28 ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Artykuł 33

Wypowiedzenie

Niniejsza Umowa zostaje zawarta na czas nieokreślony. Każde Umawiające się Państwo może wypowiedzieć Umowę, przekazując drogą dyplomatyczną pisemną notyfikację o wypowiedzeniu, co najmniej sześć miesięcy przed końcem każdego roku kalendarzowego rozpoczynającego się po upływie pięciu lat od daty jej wejścia w życie. W takim wypadku Umowa przestanie obowiązywać:

a) w zakresie podatków pobieranych u źródła – do kwot dochodu osiągniętego w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym została przekazana nota o wypowiedzeniu;

b) w zakresie innych podatków od dochodu i majątku – do takich podatków naliczanych za każdy rok podatkowy rozpoczynający się w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym została przekazana nota o wypowiedzeniu;

c) w odniesieniu do wymiany informacji na podstawie artykułu 27 i pomocy w poborze podatków na podstawie artykułu 28 – w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym została przekazana nota o wypowiedzeniu.

Geschehen zu Berlin am 14. Mai 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sporządzono w Berlinie dnia 14 maja 2003 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
Klaus Scharioth

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Jerzy Hausner

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Protokół
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską
w sprawie unikania podwójnego opodatkowania
w zakresie podatków od dochodu i od majątku

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 14. Mai 2003 in Berlin die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

(1) Zu Artikel 7:

a) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit selbst zugerechnet werden. Gewinne aus der Lieferung von Waren im Zusammenhang mit oder unabhängig von dieser Tätigkeit durch die Hauptbetriebsstätte oder eine andere Betriebsstätte des Unternehmens oder durch einen Dritten sind dieser Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.

b) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus Entwicklungs-, Planungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten oder aus technischen Dienstleistungen, die in diesem Staat im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte ausgeübt beziehungsweise erbracht werden, sind dieser Betriebsstätte nicht zuzurechnen.

(2) Zu den Artikeln 10, 11 und 24:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners dieser Einkünfte abzugsfähig sind.

Die Bestimmungen von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 Buchstabe b sind entsprechend anzuwenden.

(3) Zu Artikel 27:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

a) Die zuständige Behörde, die die Informationen empfängt, unterrichtet auf Antrag die zuständige Behörde, die die Informationen übermittelte, über deren Verwendung und über die erzielten Ergebnisse.

Republika Federalna Niemiec i Rzeczpospolita Polska uzgodniły przy podpisaniu w Berlinie w dniu 14 maja 2003 roku Umowy między obydwoma Państwami w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku następujące postanowienia:

(1) W odniesieniu do artykułu 7:

a) W Umawiającym się Państwie, w którym położony jest zakład, nie przypisuje się zysków placowi budowy lub pracom budowlanym albo instalacyjnym z wyjątkiem zysków, które są wynikiem takiej działalności. Zysków osiąganych z dostarczania dóbr związanych z taką działalnością lub niezależnie od niej i dokonywanego przez główny zakład lub jakikolwiek zakład przedsiębiorstwa albo przez stronę trzecią, nie przypisuje się placowi budowy lub pracom budowlanym albo instalacyjnym.

b) Dochód osiągany ze wzornictwa, sporządzenia planów, prac inżynieryjnych lub badawczych albo z usług technicznych, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie wykonuje w tym Państwie w związku z zakładem położonym w drugim Umawiającym się Państwie, nie jest przypisywany temu zakładowi.

(2) W odniesieniu do artykułów 10, 11 i 24:

Bez względu na postanowienia artykułów 10 i 11 niniejszej Umowy, dywidendy i odsetki mogą być opodatkowane w Umawiającym się Państwie, w którym powstają, zgodnie z ustawodawstwem tego Państwa:

a) jeżeli są one osiągane z praw lub wierzytelności uprawniających do udziału w zyskach (w tym dochód osiągany przez cichego wspólnika z jego udziału, z udzielonej przez niego pożyczki z prawem udziału w zyskach i z obligacji z uprawnieniem do udziału w zysku w rozumieniu prawa podatkowego Republiki Federalnej Niemiec), i

b) pod warunkiem, że podlegają one odliczeniu przy obliczaniu zysków płatnika takiego dochodu.

Postanowienia artykułu 24, ustęp 1 litera b) lub ustęp 2 litera b) będą miały odpowiednio zastosowanie.

(3) W odniesieniu do artykułu 27:

W ramach wymiany danych osobowych na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego, uzupełniająco mają zastosowanie następujące postanowienia, z uwzględnieniem przepisów prawa wewnętrznego każdego Umawiającego się Państwa:

a) Właściwy organ otrzymujący informacje powiadamia na wniosek właściwego organu, który dostarczył informacji, jak informacja została wykorzystana i o osiągniętych wynikach.

b) Die zuständige Behörde, die die Informationen übermittelt, achtet auf deren Richtigkeit sowie auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit ihrer Übermittlung verfolgten Zweck. Dabei sind die nach dem innerstaatlichen Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Stellt eine zuständige Behörde fest, dass unrichtige Informationen oder Informationen, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so teilt sie dies der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats unverzüglich mit. Die andere zuständige Behörde ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung dieser Informationen vorzunehmen.

c) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person zu übermittelnden Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zu dieser Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

d) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende zuständige Behörde nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde zuständige Behörde verursacht worden ist.

e) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

f) Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen. Diese Akten werden so lange aufbewahrt, wie es das innerstaatliche Recht des jeweiligen Vertragsstaats vorschreibt.

g) Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

b) Właściwy organ przekazujący informacje dba o ich rzetelność, a także o to, by były one niezbędne i współmierne do celów, dla jakich zostały dostarczone. Wszelkie zakazy dotyczące dostarczania informacji zawarte w prawie wewnętrznym danego Umawiającego się Państwa muszą być przestrzegane. Jeżeli właściwy organ stwierdzi, że dostarczył nieprawdziwe informacje, lub informacje, których dostarczenie nie było dozwolone, bezzwłocznie powiadamia o tym właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa. Ten drugi właściwy organ jest zobowiązany do wniesienia odpowiedniej poprawki lub do zniszczenia informacji.

c) Osobę zainteresowaną powiadamia się na jej wniosek o danych jej dotyczących, które mają być przekazane oraz o sposobie wykorzystania tych danych. Nie ma obowiązku informowania tej osoby w powyższy sposób, jeżeli po rozważeniu sprawy stwierdzi się, że interes publiczny wyrażający się w odstąpieniu od przekazania informacji, przeważa nad interesem osoby zainteresowanej. Prawo osoby zainteresowanej do uzyskania informacji o zgromadzonych danych jej dotyczących jest regulowane przez prawo wewnętrzne Umawiającego się Państwa, na terytorium którego złożona została prośba o uzyskanie informacji.

d) Jeżeli jakaś osoba dozna niezgodnie z prawem uszczerbku wskutek przekazania informacji na podstawie postanowień niniejszej Umowy, wówczas właściwy organ, który otrzymał te informacje ponosi za to wobec tej osoby odpowiedzialność zgodnie z jego prawem wewnętrznym. W stosunku do osoby poszkodowanej organ ten nie może powoływać się na fakt, iż szkoda została wyrządzona przez właściwy organ, który informacje te przekazał.

e) Zgodnie z prawem wewnętrznym danego Umawiającego się Państwa, przekazane dane osobowe podlegają zniszczeniu, jak tylko przestaną być niezbędne do osiągnięcia celu, dla którego zostały dostarczone.

f) Właściwe organy są zobowiązane do zachowania dokumentacji dotyczącej przekazywania i otrzymywania danych osobowych. Taka dokumentacja będzie przechowywana przez okres wymagany przez prawo wewnętrzne danego Umawiającego się Państwa.

g) Właściwe organy są zobowiązane do podjęcia skutecznych środków w celu ochrony przekazanych danych osobowych przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnioną zmianą lub nieuprawnionym ujawnieniem.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

1. Anlass und Zweck des Abkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen wurde bereits am 18. Dezember 1972 ein erstes Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vereinbart (BGBl. 1975 II S. 645). Dieses Abkommen war seinerzeit der erste Steuervertrag, den die Bundesrepublik Deutschland mit einem sozialistischen Staat abgeschlossen hatte, und der erste Vertrag zwischen beiden Staaten nach Abschluss des Warschauer Vertrages. Dieses Abkommen und das dazugehörige Protokoll vom selben Tag wurden durch das Protokoll vom 24. Oktober 1979 in einigen Punkten geändert (BGBl. 1981 II S. 306). Das neue Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen regelt die deutsch-polnischen Beziehungen in manchen Bereichen neu und berücksichtigt dabei die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Wie bereits das bisherige Abkommen beruht auch das neue Abkommen auf gemeinsamen Vertragsvorstellungen, die im OECD-Musterabkommen ihre Grundlage haben.

2. Gliederung des Abkommens

Das neue Abkommen entspricht nach Inhalt, Aufbau und textlicher Ausgestaltung dem OECD-Musterabkommen. Dementsprechend grenzen die Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Abkommens ab und enthalten die für die Abkommensanwendung wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 23 geben den Rahmen vor, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögen besteuern darf. Artikel 24 regelt die Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat durch Anrechnung der Steuern des Quellen- oder Belegenheitsstaats bzw. durch Freistellung von der Besteuerung im Wohnsitzstaat. Die Artikel 25 bis 28 regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung, die Durchführung von Verständigungsverfahren, die Amtshilfe zwischen den Steuerbehörden hinsichtlich des Informationsaustauschs und der Beitreibung von Steuern. Die Artikel 29 und 30 enthalten Zusatzregelungen unterschiedlichster Art, die bei der Anwendung des Abkommens zu berücksichtigen sind. In Artikel 31 sind die Besonderheiten für Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen geregelt. Die Artikel 32 und 33 regeln das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens sowie einige andere Fragen.

Das Protokoll zum Abkommen ergänzt das Abkommen um einige klarstellende Bestimmungen und enthält die Klauseln zum Schutz personenbezogener Daten; es ist Bestandteil des Abkommens (Artikel 32 Abs. 1 Satz 3).

3. Rechtsänderungen durch das Abkommen

In weiten Bereichen entspricht das neue Abkommen dem bisherigen Vertrag. In manchen Punkten weicht das neue Abkommen aber von den bestehenden Regelungen ab.

Zu den wichtigsten Änderungen durch das Abkommen gehören:

- In die Regelung für die Schiff- und Luftfahrt ist die Vercharterung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie die Benutzung oder Vermietung von Containern einbezogen worden (Artikel 8 Abs. 5).
- Ein Quellenbesteuerungsrecht für Zinsen in Höhe von 5 v. H. ist vereinbart (Artikel 11 Abs. 2).
- Ein Quellenbesteuerungsrecht für Lizenzgebühren in Höhe von 5 v. H. ist vereinbart (Artikel 12 Abs. 2).
- Eingeführt ist eine Regelung betreffend Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen (Artikel 13).
- In Fällen der internationalen Arbeitnehmerüberlassung ist die sog. 183-Tage-Klausel nicht anzuwenden (Artikel 15 Abs. 3).
- Die Besteuerung der Gehälter und Vergütungen des geschäftsleitenden Personals ist neu geregelt (Artikel 16 Abs. 2).
- Eingeführt ist eine Regelung betreffend Ruhegehälter und Renten (Artikel 18).
- Eingeführt ist eine Aktivitätsklausel sowie die Möglichkeit zum Übergang auf die Anrechnungsmethode (Artikel 24 Abs. 1 Buchstabe c und Abs. 3).
- Eingeführt ist eine Regelung betreffend die Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern (Artikel 28).
- Eingeführt ist eine Regelung betreffend die Erstattung von Abzugsteuern (Artikel 29).
- Eine Missbrauchsregelung ist eingeführt (Artikel 30).

Die Bestimmungen des Abkommens sind allgemein ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs anzuwenden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt. Die Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern nach Artikel 28 sind anzuwenden, wenn die zuständigen Behörden beider Staaten im Wege des Verständigungsverfahrens Einzelheiten schriftlich festgelegt haben.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt (subjektiver Geltungsbereich). Das sind Ansässige im Sinne des Artikels 4.

Zu Artikel 2

Der Artikel bestimmt die Steuern, die unter das Abkommen fallen (objektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 3

Dieser Artikel definiert die für die Abkommensanwendung grundlegenden Begriffe (Absatz 1). Die Definition des Ausdrucks „internationaler Verkehr“ wurde neu in das Abkommen aufgenommen (Buchstabe e).

Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist. Die Auslegungsregel wurde an das OECD-Musterabkommen angepasst.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit.

Nach Absatz 1 bestimmt sich die Ansässigkeit grundsätzlich nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten. Als ansässig gelten auch die Vertragsstaaten selbst und ihre Gebietskörperschaften.

Soweit eine natürliche Person nach Absatz 1 in beiden Vertragsstaaten ansässig ist, wird für die Abkommensanwendung nur einer der Vertragsstaaten nach näher bestimmten Kriterien als Ansässigkeitsstaat angesehen (Absatz 2).

Tritt der Fall der doppelten Ansässigkeit bei anderen als natürlichen Personen auf, so ist für die Entscheidung über die Ansässigkeit im Sinne des Abkommens der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung maßgebend (Absatz 3).

Absatz 4 regelt die Ansässigkeit von Personengesellschaften. Diese gelten als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die Artikel 6 bis 23 kommen jedoch nur zur Anwendung, sofern die Personengesellschaft im Ansässigkeitsstaat als Steuersubjekt behandelt wird.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff „Betriebsstätte“, der Anknüpfungspunkt für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für Unternehmensgewinne nach Artikel 7 ist. Die einzelnen Regelungen entsprechen dem OECD-Musterabkommen.

Zu den Artikeln 6 bis 23

Die Artikel 6 bis 23 behandeln die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens.

Zu Artikel 6

Der Artikel bestimmt, dass Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem das Vermögen liegt.

Absatz 4 stellt klar, dass die Regelungen in Artikel 6 den Bestimmungen in Artikel 7 (Unternehmensgewinne) und Artikel 14 (Selbständige Arbeit) vorgehen, soweit es sich um Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines gewerblichen Unternehmens oder um Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen aus einer selbständigen Arbeit handelt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Unternehmensgewinne. Nach Absatz 1 darf ein Staat die Gewinne von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als der Gewinn einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen ist. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung von Betriebsstättengewinnen. Die Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen regelt in Ergänzung hierzu das Verbot der Liefergewinnbesteuerung und andere Fragen der Gewinnabgrenzung zwischen Betriebsstätte und Stammhaus. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen zur Betriebsstättenbesteuerung zu den Bestimmungen über die Besteuerung anderer Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, dass Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Staat besteuert werden können, in dem sich die tatsächliche Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Die Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen umfassen dabei auch Gewinne aus der Vercharterung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen ohne Besatzung sowie Gewinne aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Transportcontainern (Absatz 5). Das bisherige Abkommen enthielt keine diesbezügliche Regelung.

Zu Artikel 9

Absatz 1 enthält den für die Ermittlung der Einkünfte aus Geschäftsbeziehungen zwischen verbundenen Unternehmen international anerkannten Grundsatz des Fremdverhaltens. Danach können die Finanzbehörden die Gewinne verbundener Unternehmen berichtigen, wenn Bedingungen vereinbart worden sind, die diesem Grundsatz nicht entsprechen.

Absatz 2 bietet die Grundlage dafür, dass bei der Gewinnberichtigung in einem Staat in dem anderen Staat eine Gegenberichtigung vorgenommen werden kann, soweit Einigkeit über deren Begründetheit besteht. Das bisherige Abkommen enthielt keine entsprechende Regelung. Für eine übereinstimmende Abgrenzung der Gewinne verbundener Unternehmen eröffnet Artikel 26 das Verständigungsverfahren.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Dividenden.

Nach Absatz 1 können Dividenden im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden.

Nach Absatz 2 ist daneben auch der Staat steuerberechtigt, in dem die die Dividenden ausschüttende Gesellschaft ansässig ist (Quellenstaat). Sein Besteuerungsrecht ist jedoch allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt. Bei Ausschüttungen von Tochtergesellschaften an Muttergesellschaften ermäßigt sich der Steuersatz auf 5 v. H., vorausgesetzt, die empfangende Gesellschaft verfügt über mindestens 10 v. H. des Kapitals der ausschüttenden Gesellschaft.

Die Quellensteuersätze des Absatzes 2 gelten nicht für Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, wenn sie bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind (Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen). Die Regelung betrifft in erster Linie Einkünfte typischer stiller Gesellschafter sowie Vergütungen aus partiarischen Darlehen und ähnliche Vergütungen; sie können in der Bundesrepublik Deutschland beim Zahlungsverpflichteten gewinnmindernd berücksichtigt werden, obwohl es sich um einen Anteil an dessen Gewinn handelt.

Absatz 3 definiert den Begriff der „Dividenden“ im Einzelnen. Absatz 4 enthält den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und Absatz 5 die übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung (Verbot der extraterritorialen Besteuerung).

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Sie können in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger (Nutzungsberechtigte) der Zinsen ansässig ist (Absatz 1).

Daneben ist auch der Staat, aus dem die Zinsen stammen (Quellenstaat), steuerberechtigt. Das Besteuerungsrecht dieses Staates ist aber auf allgemein 5 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen beschränkt (Absatz 2). Nach dem bisherigen Abkommen wird eine Quellensteuer nicht erhoben.

Absatz 3 nimmt bestimmte Zinsen von der Steuer des Quellenstaats aus.

Absatz 4 definiert den Begriff „Zinsen". Einkünfte, die nach Artikel 10 Abs. 3 als Dividenden gelten, fallen in keinem Fall unter den Begriff „Zinsen" (z. B. der Gewinnanteil des stillen Gesellschafters oder die Vergütung für ein partiarisches Darlehen).

Absatz 5 enthält den üblichen Betriebsstättenvorbehalt. Absatz 6 gibt eine Quellendefinition und Absatz 7 behandelt den Fall, dass zwischen Nahestehenden überhöhte Zinsen gezahlt werden.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Lizenzgebühren. Diese können in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger (Nutzungsberechtigte) ansässig ist (Absatz 1).

Nach Absatz 2 ist auch der Staat steuerberechtigt, aus dem die Lizenzgebühren stammen (Quellenstaat). Das Besteuerungsrecht dieses Staates ist auf 5 v. H. des Bruttobetrags der Lizenzgebühr beschränkt. Das bisherige Abkommen enthielt kein Besteuerungsrecht des Quellenstaats.

Absatz 3 definiert den Begriff der Lizenzgebühren, Absatz 4 enthält den üblichen Betriebsstättenvorbehalt, Absatz 5 gibt eine Quellendefinition und Absatz 6 behandelt den Fall, dass zwischen Nahestehenden überhöhte Lizenzgebühren gezahlt werden.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. In dem bisherigen Abkommen war eine eigenständige Regelung betreffend Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen nicht enthalten.

Veräußerungsgewinne können grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 5), soweit nicht nach den übrigen Absätzen ein Besteuerungsrecht des Belegenheits- bzw. Quellenstaats ausdrücklich zugelassen wird.

Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen können im Belegenheitsstaat besteuert werden (Absatz 1). Dies gilt auch für Veräußerungsgewinne von Anteilen an Gesellschaften, deren Vermögen überwiegend unmittelbar oder mittelbar aus unbeweglichem Vermögen oder aus Rechten an unbeweglichem Vermögen besteht (Absatz 2), sowie für Veräußerungsgewinne von Vermögen von Betriebsstätten und festen Einrichtungen (Absatz 3).

Gewinne aus der Veräußerung von im internationalen Verkehr betriebenen Seeschiffen und Luftfahrzeugen und von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen oder ihnen dienenden beweglichem Vermögen können nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet (Absatz 4).

Absatz 6 behandelt Vermögenszuwächse und Veräußerungsgewinne in Verbindung mit einem Wohnsitzwechsel. Die Vorschrift gestattet dem bisherigen Wohnsitzstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts die Besteuerung des Vermögenszuwachses bei Aktien und Anteilen an Gesellschaften, die im bisherigen Wohnsitzstaat ansässig sind, bis zum Wohnsitzwechsel. Soweit es im bisherigen Wohnsitzstaat zu einer Wegzugsbesteuerung kommt (in Deutschland nach § 6 des Außensteuergesetzes), wird im Falle einer späteren Veräußerung der Aktien oder Anteile und der Besteuerung des Veräußerungsgewinns im anderen Staat dieser für Zwecke der Ermittlung des Veräußerungsgewinns den Wert im Zeitpunkt des Wohnsitzwechsels zugrunde legen.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Dazu zählen insbesondere Einkünfte aus einer freiberuflichen Tätigkeit. Das Besteuerungsrecht steht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Der andere Staat hat nur dann ein Besteuerungsrecht, wenn die Tätigkeit in diesem Staat ausgeübt wird und einer dafür vorhandenen festen Einrichtung zuzurechnen ist. Absatz 2 erläutert den Begriff „freier Beruf".

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, soweit nicht vorrangig die Artikel 16, 17, 18 und 19 gelten.

Nach Absatz 1 hat das grundsätzliche Besteuerungsrecht der Staat, in dem die Arbeit ausgeübt wird (Absatz 1).

Absatz 2 enthält die übliche 183-Tage-Klausel, wonach in einem Vertragsstaat ansässige Arbeitnehmer, die sich vorübergehend an bis zu 183 Tagen im anderen Staat aufhalten, nur im Wohnsitzstaat besteuert werden können, wenn die Vergütungen von oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im Tätigkeitsstaat ansässig ist, und sie nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im Tätigkeitsstaat hat. Abweichend vom bisherigen Abkommen kommt es für die Berechnung der 183-Tage-Frist – entsprechend dem OECD-Musterabkommen – nicht mehr auf das betreffende Kalenderjahr an, sondern auf einen Zwölf-Monats-Zeitraum, der während des betreffenden Steuerjahrs beginnt oder endet.

Nach Absatz 3 gilt die 183-Tage-Klausel des Absatzes 2 – abweichend vom bisherigen Abkommen – nicht für Fälle der internationalen Arbeitnehmerüberlassung.

Nach Absatz 4 werden die Vergütungen des Bordpersonals von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und des Bordpersonals von Schiffen im Binnenverkehr in dem Vertragsstaat besteuert, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen. Diese dürfen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist (Absatz 1).

Absatz 2 enthält eine Neuregelung für die Vergütungen, die das für die Geschäftsführung einer Gesellschaft verantwortliche Personal bezieht. Diese Vergütungen können in dem Staat besteuert werden, in dem die Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte der Künstler und Sportler. Diese Einkünfte können in dem Staat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit persönlich ausübt.

Absatz 2 enthält eine Regelung, mit der Steuerumgehungen begegnet werden soll. Das Besteuerungsrecht des Staates, in dem der Künstler oder Sportler auftritt, bleibt auch dann erhalten, wenn die Einkünfte aus der persönlich ausgeübten Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers einer anderen Person zufließen. Diese Regelung ist im bisherigen Abkommen nicht enthalten.

Nach Absatz 3 hat der Staat, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt, kein Besteuerungsrecht, wenn der Aufenthalt in diesem Staat wesentlich durch Mittel des Wohnsitzstaats gefördert wird.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der öffentlichen und privaten Ruhegehälter sowie der Renten und Unterhaltszahlungen. Eine diesem Artikel entsprechende Regelung ist im bisherigen Abkommen nicht enthalten.

Nach Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen sowie Renten nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Abweichend davon können Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung nur im Quellenstaat besteuert werden (Absatz 2). Dies gilt auch für Wiedergutmachungsleistungen als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung (Absatz 3) und für Entschädigungsleistungen (Absatz 4).

Unterhaltszahlungen sind im Wohnsitzstaat des Empfängers von der Steuer befreit. Diese Steuerbefreiung kommt jedoch nicht zur Anwendung, soweit die Unterhaltszahlungen beim Zahlungsverpflichteten bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens abzugsfähig sind (Absatz 5).

Absatz 6 enthält eine Definition des Begriffs „Rente“.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Bezüge, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Gehälter, Löhne und sonstige Arbeitsentgelte, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, können grundsätzlich nur im Staat der zahlenden Kasse besteuert werden (Absatz 1 Buchstabe a). Jedoch hat der andere Staat das ausschließliche Besteuerungsrecht, soweit die Gehälter, Löhne oder sonstigen Arbeitsentgelte an eine Person gezahlt werden, die ihre Tätigkeit in dem anderen Staat ausübt, in diesem Staat ansässig ist und die Staatsangehörigkeit dieses Staates besitzt bzw. nicht nur deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten (Absatz 1 Buchstabe b).

Ruhegehälter, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, können ebenfalls grundsätzlich nur im Staat der zahlenden Kasse besteuert werden (Absatz 2 Buchstabe a). Soweit die Ruhegehälter an eine Person gezahlt werden, die im anderen Staat ansässig ist und die die Staatsangehörigkeit dieses Staates besitzt, hat dieser Staat das ausschließliche Besteuerungsrecht (Absatz 2 Buchstabe b).

Absatz 3 enthält den üblichen Vorbehalt, wonach von gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand gezahlte Arbeitsvergütungen und Ruhegehälter nicht zu den Bezügen aus öffentlichen Kassen zählen. Die Zuteilung des Besteuerungsrechts richtet sich daher nach den allgemeinen Regeln des Abkommens.

Nach Absatz 4 gelten die Regelungen der Absätze 1 und 2 entsprechend für die Bezüge des Goethe-Instituts Inter Nationes, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Polnischer Kulturinstitute sowie ähnlicher Körperschaften, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einigen, sofern die Bezüge in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, besteuert werden.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel soll den Austausch von Lehrkräften fördern. Halten sich Lehrkräfte im anderen Vertragsstaat auf, so sind die für die Lehr- oder Forschungstätigkeit bezogenen Vergütungen in dem Gaststaat für längstens zwei Jahre steuerbefreit. Voraussetzung hierfür ist, dass die Bezüge im Heimatstaat besteuert werden.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel soll den Austausch von Personen fördern, die in der Ausbildung stehen. Halten sich Studenten, Auszubildende oder Praktikanten zu Ausbildungszwecken im anderen Vertragsstaat auf, so darf dieser Vertragsstaat Unterhalts- und Ausbildungszahlungen, die der Student, Auszubildende oder Praktikant aus seinem Heimatstaat oder einem Drittstaat erhält, nicht besteuern.

Zu Artikel 22

Absatz 1 weist das alleinige Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den anderen Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, dem Wohnsitzstaat zu.

Absatz 2 behandelt den Fall, dass die genannten Einkünfte einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung im anderen Staat zuzurechnen sind. Absatz 3 behandelt den Fall, dass zwischen Nahestehenden überhöhte Beträge gezahlt werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung gehört, entsprechend den Regelungen für die daraus erzielten Einkünfte, im Belegenheitsstaat besteuert werden.

Für Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr, für Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie

bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, weist Absatz 3 das Besteuerungsrecht dem Staat zu, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Alle anderen Vermögensteile dürfen nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 4).

Zu Artikel 24

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1 bestimmt, wie die Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung bei einer in Deutschland ansässigen Person vermeidet. Entsprechend der deutschen Vertragspraxis geschieht dies teilweise durch Freistellung der Einkünfte und teilweise durch Anrechnung der polnischen Steuer auf die deutsche Steuer. Freigestellt werden z. B. Einkünfte aus polnischen Betriebsstätten und festen Einrichtungen sowie aus einer in Polen ausgeübten unselbständigen Tätigkeit. Steuerfrei bleiben darüber hinaus Dividenden, die eine deutsche Muttergesellschaft von einer polnischen Tochtergesellschaft bezieht, sofern deren Kapital zu mindestens 10 v. H. unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört und die in Polen ansässige Gesellschaft keinen Anspruch auf Steuervergünstigung nach dem Gesetz über die besonderen Wirtschaftszonen in der Republik Polen hat. Zu den freizustellenden Einkünften gehören auch Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das in Polen belegen ist. Steuerbefreite Einkünfte bleiben für den Steuersatz wirksam (Progressionsvorbehalt).

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 1 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt sind, wie z. B. Dividendenbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, Zinsen und Lizenzgebühren, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe b durch Anrechnung der polnischen Steuer auf die deutsche Steuer unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern beseitigt.

Absatz 1 Buchstabe c enthält eine „Aktivitätsklausel“. Betriebsstätteneinkünfte und Schachtelerträge werden hiernach nur von der deutschen Besteuerung ausgenommen, wenn sie aus aktiven Tätigkeiten im Sinne des § 8 des Außensteuergesetzes stammen.

Absatz 2 regelt, wie Polen bei einer dort ansässigen Person die Doppelbesteuerung vermeidet. Dies geschieht grundsätzlich durch Steuerfreistellung unter Anwendung des Progressionsvorbehalts (Absatz 2 Buchstabe a). Die Anrechnungsmethode gilt nach Absatz 2 Buchstabe b nur für Dividendeneinkünfte, Zinsen und Lizenzgebühren.

Durch Unterschiede in den nationalen Rechten beider Staaten kann es trotz des Abkommens zu einer Doppelbesteuerung oder Nichtbesteuerung kommen. Absatz 3 Buchstabe a stellt sicher, dass einerseits Doppelbesteuerungen trotz eines Qualifikationskonflikts vermieden werden, andererseits aber auch verhindert wird, dass Einkünfte wegen eines solchen Konflikts unbesteuert blieben.

Absatz 3 Buchstabe b gibt beiden Staaten die Möglichkeit, von der Freistellungsmethode auf die Anrechnungsmethode überzugehen. Damit wird berücksichtigt, dass die Freistellungsmethode in einzelnen Fällen zu ungerechtfertigten Doppelentlastungen führen kann, zum Beispiel weil die nationalen Steuerrechte sich unterschiedlich entwickeln oder weil dies durch geeignete steuerlich motivierte Gestaltungen herbeigeführt wird.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern. Das Verbot der Diskriminierung bezieht sich nicht nur auf die Steuern, die unter das Abkommen fallen, sondern auf Steuern jeder Art (Absatz 6). Im bisherigen Abkommen ist eine entsprechende Regelung nicht enthalten.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel sieht vor, dass sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigen können. Neu ist die Einführung einer Frist für den Antrag auf Einleitung eines Verständigungsverfahrens. Danach können betroffene Steuerpflichtige innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung einer Maßnahme, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung geführt hat, einen entsprechenden Antrag stellen.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt den Auskunftsaustausch zwischen den Finanzbehörden beider Staaten, der zur Durchführung des Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich ist. Der Auskunftsaustausch bezieht sich dabei auf alle Steuerarten. Im bisherigen Abkommen war nur ein Auskunftsaustausch für Zwecke der Durchführung des Abkommens vereinbart. Die Behandlung personenbezogener Daten ist im Protokoll zum Abkommen unter Nummer 3 näher geregelt.

Zu Artikel 28

Artikel 28 enthält erstmals eine Vereinbarung zwischen den beiden Staaten zur Amtshilfe bei der Steuererhebung. Die Amtshilfe bezieht sich auf alle Steuerarten. Die Bestimmung verpflichtet jeden Vertragsstaat, rechtskräftige Steueransprüche des anderen Vertragsstaats wie eigene Ansprüche beizutreiben bzw. Maßnahmen zur Sicherung der Beitreibung einzuleiten.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Durchführung der Abkommensbestimmungen zur Entlastung von den Abzugsteuern im jeweiligen Quellenstaat. Im bisherigen Abkommen ist eine entsprechende Regelung nicht enthalten.

Nach Absatz 1 bleibt es jedem Vertragsstaat unbenommen, trotz entgegenstehender Abkommensbestimmungen zunächst die nach seinem innerstaatlichen Recht entstandene Quellensteuer uneingeschränkt zu erheben. Die Erstattung der zuviel erhobenen Steuer wird auf Antrag gewährt.

Der Antrag ist vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer folgenden Jah-

res zu stellen (Absatz 2) und die persönliche Abkommensberechtigung durch eine Bescheinigung des Wohnsitzstaats zu bescheinigen (Absatz 3).

Die zuständigen Behörden können sich über Einzelheiten des Verfahrens verständigen und auch andere Verfahren, z. B. das Freistellungsverfahren, festlegen (Absatz 4).

Zu Artikel 30

Absatz 1 stellt ausdrücklich fest, dass das Abkommen der Anwendung innerstaatlicher Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung sowie den Zurechnungen nach den §§ 7 bis 14 des Außensteuergesetzes nicht entgegensteht.

Soweit diese Vorschriften zu Doppelbesteuerungen führen, konsultieren die zuständigen Behörden einander, wie die Doppelbesteuerung vermieden werden kann, sofern der Steuerpflichtige dies innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme, die zur Doppelbesteuerung geführt hat, beantragt hat (Absatz 2).

Zu Artikel 31

Dieser Artikel regelt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen Vorschriften für Diplomaten und Konsularbeamte. Im bisherigen Abkommen ist eine entsprechende Regelung nicht enthalten.

Zu Artikel 32

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen über die Ratifikation, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des neuen Abkommens sowie über das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens. Absatz 1 Satz 3 stellt klar, dass das Protokoll Bestandteil des Abkommens ist.

Nach Absatz 2 tritt das Abkommen einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es ist erstmals für das Kalenderjahr anzuwenden, das dem Jahr des Inkrafttretens folgt. Gleichzeitig tritt das bisherige Abkommen vom 18. Dezember 1972 einschließlich der dazugehörigen Protokolle außer Kraft (Absatz 3). Die Vorschriften zur Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern nach Artikel 28 sind erst anzuwenden, wenn die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten Einzelheiten zur Durchführung dieser Bestimmungen im Wege des Verständigungsverfahrens schriftlich vereinbart haben.

Zu Artikel 33

Dieser Artikel regelt die Geltungsdauer, die Kündigung und die letztmalige Anwendung des Abkommens.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333